

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Gegegründet 1828

Freitag, 20. Nov.

Verlag von G. W. Raiser (Carl Seiler) Nagold. Verantwortlich für die Schriftleitung: H. W. Schmitt, Nagold.

Redaktions-Zeitung im Oberamtsbezirk. — Wöchentlich ein Mal herausgegeben. — Preis 10 Pf. —

Die Redaktion ist an der Hauptstraße in Nagold. —

Telegraphen-Adresse: Nagold. — Postfach-Adresse: Nagold. —

Die Redaktion ist an der Hauptstraße in Nagold. —

Nr. 273

Montag den 22. November 1920

94. Jahrgang

Oben und unten.

Von Dr. E. Jenny.

Ein Oben und Unten hat es in sozialer Hinsicht immer gegeben, solange wir die menschlichen Geschicke geschichtlich verfolgen können. Ein Oben und Unten tritt uns entgegen, wo wir immer die Formen menschlichen Zusammenlebens kulturhistorisch verfolgen; auch bei den niedrigst stehenden Stämmen, die wir erschaffen konnten, fanden sich immer Abstufungen von Macht, Grade des Ansehens, Steigerungen des Reichtums und damit der Befugnisse, die sich irgendwie auf gesellschaftlich gefasste Anerkennung stützen. Nichts solche Stufen sich auf mystisch-religiöser Grundlage, auf durch Brauch und Sitte unklar gefassten Rechtsverhältnissen oder auf scharf formulierten politischen Rechtsfragen aufbauen, vorhanden sind sie überall und atemberaubend die menschliche Gemeinschaft in höhere und niedrigere Rangstufen.

Der Bolschewismus gab vor, mit diesen „Mißständen“ aufzukommen zu wollen und es auch zu vermögen. Er tat kund, eine Gesellschaftsordnung erstehen lassen zu wollen, bei der es keine Ungleichheiten mehr geben dürfe. Er hat sich an die Ausführung gemacht. Unter Strömen von Blut hat er alles, was sich über die unerste Stufe emporhob, vernichtet. Denn dies begriff er trotz aller ihm erfüllenden Weisheiten, daß jede Gleichmacheri nur einen Ausgleich nach unten vornehmen kann, weil es außerhalb der menschlichen Macht steht, die Mittelbarkeit oder gar die Minderwertigkeit, die sich nun einmal unlosbar auch in einer ideal organisierten Volksgemeinschaft befindet, emporzuheben zu den „Höhen der Menschheit“. Dies also, da dieses ungemessene Schwergewicht der Unfähigkeit und Trägheit sich nicht verrücken läßt, im Namen der Gleichheit nur die Herabsetzung der Emporkommenden, die Köpfung aller Höherstehenden.

Der Bolschewismus ist vor seiner Gewaltmaßregel zurückgeschreckt um diese Gleichheit zu erzwingen. Er hat das Bürgerrecht suspendiert, die Intelligenz dem Hunger preisgegeben oder dimerisiert, alle Quellen des Reichtums verschüttet, den Besitz eingezogen. Kurz, er hat planmäßig das Untere zu oberst gebracht. Und was hat er dabei erreicht? Er hat lediglich ein neues Unten und Oben geschaffen! Unter seinen gescheiterten Händen, die alle sozialen Höhengänge mit launischem Haß niederstießen, türmten sich alsbald neue Ungleichheiten empor. Wohin er eine Klasse, einen Stand mit seinen Schlächterhänden niedermähten und mit trampelnden Füßen niedrigen Ganges in der Rot seiner verherberischen „Gleichheit“ niederstampfen, allmählich reichten sich unter seinen Würgegriffen und brutalen Tritten tausendfach neue Ungleichheiten in die Höhe. Nur daß sie anders geartet waren als die bisherigen Träger der übertragenden Ungleichheiten.

Alle Berichte aus dem gepriesenen Lande der Räte melden uns, daß sich eine neue Oberschicht herausgebildet habe, die einen so überwiegenden Einfluß auf die Geschicke des Landes ausübt, einen so unvorstellbar großen Anteil an allen Annehmlichkeiten des Lebens für sich beansprucht unter Vorwahrung derselben gegenüber den darbedürftigen Volksgenossen, wie kaum je früher solches erfolgt ist, außer bei Eroberungszügen durch barbarische Volkstrennen in jenen kinsten Abzügen der Geschichte, die als Weltwenden in der Erinnerung fortleben. Nur daß anstelle der Aristokratie der Bildung, des Besitzes, der Kulturüberlieferungen heute eine Oberschicht der Strapazierten, der Kulturrohlinge und Rohreiden, der Gewalttätigen, der moralisch Verlorenen, ja der Verbrecher emporstand ist und eine absolute Herrschaft an sich gerissen hat. Wenn es nicht dem Wortsinne widerspricht, den Ausdruck „Aristokratie“ anzuwenden, so könnte man von einer schlammigen Aristokratie reden. Denn jene Ursprünge suchen mit enger Besessenheit bis auf die letzten Spalten der Rolle ihrer verjagten Vorgänger in allen Einzelheiten zu spielen, ahmen deren Gebahren nach. Natürlich nur in äußerlichen, weil sie schlechthin nicht fähig sind, deren inneren Lebensgehalt in sich aufzunehmen. Nur die Lasten zu kopieren, das Tölpeltum dieser Leute von gestern. So suchen sie es im Praesen in ausschweifender Triebbestrebung, im unredlichen Erwerb allem, was sich ihren Vorgängern abgucken läßt, gleich zu tun oder sie noch zu überbieten. Die Kommissare schmelzen schmarrend in allen nur erhaltbaren raffinierten Tafelreden, auch wenn sie früher als Hunnenerbe bei Brot und „Koscha“ vor Dämonen schmeigten; wohnen in Palästen, obwohl ihnen schon ein kleinstädtischer Winkel früher ein unbegreiflicher Luxus dünkte; leiden sich und ihren Weibertrotz in läppische Stoffe, ohne noch die Anwendung der Seife beargwöhnen zu haben. Das gilt auch für das geistige Gebahren. Schmutzfarbender Aufwand kennzeichnet diese emporkommenden unerste Gefe. Aber... sie sind nun einmal oben. Unter ihnen, und von ihrer Schreckensherrschaft niedergebunden und ausgeperert, lauert sitzend und hungernd das Volk; dehnt sich das Meer von Blut, der Morast von entseelten Leibern einer im Namen der Gleichheit geführten und in Zerlegung geratenen Gesellschaftsordnung. — Sie selbst aber sind oben. Somit endet auch der bolschewistische Versuch der Gleichmacheri wieder in eine Niederung nach unten und oben. Nur daß die Bolschewisten, die das Untere zu Oberst wählten, sich selbst zu einer Herrschaft aufwarfen und damit, gleichsam selbst zum Sinnbild ihres Tuns wurden: sie, aberwie-

gend den schmutzigsten Niederungen des menschlichen Daseins entsprungen, haben den Aufstieg zur höchsten Macht vollzogen. Eine Umkehrung zwar von unten und oben; aber darum bleibt doch die Tatsache einer geschichtlichen Ungleichheit auch hier bestehen.

Tages-Neuigkeiten.

Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 20. Nov. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich gestern mit der Bewirtschaftung des Zigarettenabfalls. Vom Reichswirtschaftsministerium lag im Einverständnis mit dem Finanzministerium ein Antrag vor, die Bekanntmachung, die der Zigaretten-Tabak-Einfuhrer als alleiniger Käuferin des Tabaks im Ausland und als Tabakverteilungsstelle das Befugnis gab, und eine zweite, die das Gewicht der Zigaretten festsetzt, aufzuheben, sobald das Einverständnis des Reichswirtschaftsrats vorliegt. In der Beratung erklärte der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, daß auch die parallel laufende Bewirtschaftung in- und ausländischer Zigaretten und Rauchtabaks in absehbarer Zeit aufgehoben werden solle. Es wurde die Befürchtung geäußert, daß die Preise stark ansteigen würden, jedoch wurde angenommen, daß sie sich an den Weltmarktpreisen regulieren werden. Nachdem das Reichswirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats seine Zustimmung zu der Aufhebung der Bekanntmachung, die demnach in nächster Zeit erfolgen wird. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat ferner beschlossen, das Votum zu erheben, einen Ausschuss einzusetzen, der eine nach großen Gesichtspunkten geordnete Wasserwirtschaft des Rheins und ein einheitliches Wasserrecht vorbereiten soll, außerdem dem Reichspostministerium vorzuschlagen, Anstaltskarten gleich den Blickwinkeln zu fertigen als Druckfachen zu beschreiben, weiter, das Reichswirtschaftsministerium zu eruchen, schon im Ergänzungsetat für 1920 für die Mustermesse in Leipzig den Gesamtzuschuß von 20 Millionen einzulegen, endlich, die Verbehalten eines Ausfuhrkontingents von 1 1/2 Millionen Kilogramm Baumwollwaren für ein Vierteljahr zu empfehlen.

Nachstandtag der preussischen Beamten.

Berlin, 20. Nov. Mit dem 15. November ist nach dem Vorgang der Reichsbehörden auch bei den preussischen Beamten die Arbeitswoche von 48 Stunden und nach Möglichkeit der Arbeitstag von 8 Stunden verfügt worden. Es handelt sich dabei um einen Beschluß des preuss. Staatsministeriums, der bereits am 15. Sept. gefaßt wurde, aber erst jetzt bekannt gegeben wird.

Die süddeutschen Handelskammern gegen Ausbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte.

Karlsruhe, 20. Nov. Der hier stattgefundenen süddeutschen Handelskammerstag hat sich gegen die Entwürfe des Reichswirtschaftsministeriums über den Ausbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte ausgesprochen. Er lehnt insbesondere die Errichtung von Wirtschaftskammern ab, die den Unternehmern und Arbeitervertretern übergeordnet sein und als Berufsvertretungen gelten sollen, da hierdurch die bestehenden Kammern zu Körperschaften zweiter Ordnung herabgedrückt würden. Bezüglich der Lehrlingsentscheidung im Handwerk trat man für eine zeitgemäße Vergütung ein. Schließlich erklärte sich die Tagung grundsätzlich gegen jede Sozialisierung des Bauwesens und gegen alle Versuche der Gemeinden, den Wohnungsbau in eigener Regie auszuführen.

Wiederaufnahme der Arbeit bei Vorf.ig.

Berlin, 20. Nov. Die am 1. Nov. bei der Lokomotivfabrik Vorf.ig in Berlin-Regel herbeigeführte Einstellung des Betriebes, durch die rund 5000 Arbeiter brotlos wurden, ist nunmehr wieder aufgehoben worden. Die Firma erklärte sich bereit, die Arbeiter wieder einzustellen, bestand aber andererseits auf ihrem Standpunkt, daß sich die Arbeiter nicht in die Ausfuhr des von dem Unternehmen auch hergestellten Elektroens einzumischen habe oder berechtigt sei, diese zu verhindern. In geheimer Abstimmung haben die Arbeiter daraufhin mit geringer Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Blutbad der tschechischen Legionäre.

Wien, 20. Nov. Die tschechischen Legionäre haben heute in der deutsch-böhmischen Stadt Aisch ein Blutbad unter der Bevölkerung angerichtet. 3 Tote und 22 Schwerverletzte waren die Opfer. Daraufhin haben die Deutschen den Steuerfiskus ausgerufen, mit der Begründung, daß die deutsche Bevölkerung dieser Regierung nicht die Mittel zur Verfügung stellen dürfe, weil sie sich auf diese Weise mitschuldig an der Niederwerfung ihrer deutschen Mitbürger mache.

Erörterungen der Ernährungsfragen für die 20 000 russischen Krimhäftlinge.

Paris, 20. Nov. Im französischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten fand vorgestern eine Beratung statt, um Maßnahmen zu beschließen, wie die aus der Krim nach Konstantinopel geflüchteten 20 000 Russen ernährt werden können, die sich im tiefsten Elend befinden. So ist erörtert worden, ob es nicht zweckmäßig wäre, sie auf die Insel Thessalon, Griechenland und Serbien zu verteilen.

Bilderbund und Weltpostverein.

Genf, 20. Nov. Die 4. Kommission der Bilderbundsversammlung beschloß in ihrer gestrigen Sitzung, behufs Verteilung der Kosten des Bilderbunds auf die Staaten ein Gutachten des in Madrid tagenden Weltpostvereins einzuholen.

Vorschläge für Litauen und Polen.

Romno, 20. Nov. Die Kommission des Bilderbunds, die am 17. November in Jenje eingetroffen war, schlug den Litauern und den Polen vor, die Kriegsoperationen einzustellen. Die Litauer waren einverstanden und haben außerdem eine Delegation zu weiteren Verhandlungen nach Jenje geschickt. Die Polen griffen jedoch statt einer Antwort an. Sie haben am 17. November mit verstärkten Kräften auf der ganzen Frontlinie Zeligonka angegriffen, sogar in der Gegend, wo sich der Zug der Kommission befindet. Bei Sidroice wurde die Front durchbrochen. Sowinty ist von den Polen besetzt. Die Kommission hat sich nach Warschau und Wilna gewendet. Die litauische Kommission führt nach Romno zurück. Nach dem gestrigen Generalstabbericht hat ein polnisches Bataillon Bobrischitz in der Gegend von Orang besetzt. Ein feindlicher Panzerzug beschloß vorgestern die litauischen Stellungen bei Gudakeme wurde aber von litauischer Artillerie abgewiesen. Die Polen setzen mit starken Kräften ihre Angriffe fort und schreien in den Richtigungen auf Omischie und Rowarek vor. Ihre Kavallerie hat bereits Kurzig besetzt. Gestern griffen die Polen auch in der Richtung auf Musnik an. Im Zusammenhang mit der ersten Frontlage begab sich der Armeekommandierende zur Front. Die erbitterten Kämpfe dauern fort.

Verurteilung eines kommunistischen Mitgliedes des engl. Unterhauses.

London, 20. Nov. Das kommunistische Unterhausmitglied Oberst Ratone wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er war der Aufreizung zum Aufruhr beschuldigt.

Die Folgen von Wrangels Niederlage.

Stockholm, 20. Nov. Der mit der letzten Bolschewistenoffensive gegen Wrangel einsehende Vorstoß der litauischen Nationalisten gegen Georgien, der bereits bis Batum gelangt ist, hat ungewissheit die Absicht, das widerpenstige Georgien dem Willen der Sowjetregierung zu unterwerfen. Georgien hat bisher ein schweres Hindernis für die Verbindung zwischen den Bolschewisten und den litauischen Nationalisten gebildet, und seine Abhängigkeit von Moskau ist die Voraussetzung für die Wiederinstandsetzung der Kaspiarohrleitung Baku-Batum, die mit der Niederwerfung Wrangels für Südrussland ganz besondere Bedeutung gewinnt. Es besteht Anlaß zu der bestimmten Annahme, daß die Sowjetregierung dieses Ziel mit allen Mitteln in nächster Zeit erreichen will. Die Niederlage Wrangels gibt der Sowjetregierung auch die Hände für die Niederwerfung Petrusas frei. Ihr Gegenstoß ist in der Ukraine bereits bis Kamenetz Podolst gelangt. Auch die weißrussischen Banden des Generals Balachowitsch dürften bald ihr Schicksal finden. Erstweilen werden hier die Sowjettruppen aus. Sie haben Riast und Mosyr preisgegeben. Die im Anmarsch befindlichen roten Verstärkungen dürften die Lage rasch ändern. Die Wirkungen der militärischen Erfolge der Sowjetregierung werden sich bei den neuen Verhandlungen mit Polen zeigen.

Das Breitschießen der Tiroler Heimatwehr.

Innsbruck, 20. Nov. Das Breitschießen der Tiroler Heimatwehr hat gestern früh am Berge Joch ohne Störung begonnen.

Gegen d'Annunzio.

Wien, 20. Nov. Nach Bittermeldungen aus Belgrad wird die jugoslawische Regierung an die italienische Regierung eine Note richten, in der sie verlangt, daß die Aktionen d'Annunzios unumgänglich gemacht und d'Annunzio aus Fiume entfernt wird.

Sturz und Vernichtung bolschewistischer Biskopäre.

London, 20. Nov. „Daily Mail“ meldet aus Oxford, Winston Churchill habe in einer Studentenversammlung erklärt, Rußland und Osteuropa würden sich niemals mehr erheben können, wenn eine Gruppe kosmopolitischer und bolschewistischer Biskopäre die ganze russische Bevölkerung terrorisiere. Die Politik, die er empfehlen könnte, sei Sturz und Vernichtung dieses Regimes.

Neue Forderungen der Feinde.

Berlin, 20. Nov. Der Vorsitzende des interalliierten Luftüberwachungs-Ausschusses in Berlin hat dem Auswärtigen Amt einen Beschluß der Vorkonferenz zugestellt, in dem folgende Forderungen aufgestellt werden: 1) daß die vorhandenen deutschen Luftschiffe „Bodenfer“ und „Nordstern“ durch den interalliierten Luftüberwachungs-Ausschuss als Ersatz der zwei zerstörten Luftschiffe beschlagnahmt werden, 2) daß die deutsche Regierung gehalten ist, den alliierten Mächten den Wert der übrigen zerstörten Luftschiffe — sei es in Geld, sei es durch Neubauten — zu ersetzen. In Ausführung der Entscheidung der Vorkonferenz ersuchte General MacKermer, Vorbereitungen für die Ueberführung der beiden Luftschiffe an den angrenzenden Bestimmungsort zu treffen und ihm Stagen der Typen der

verbleiben auf Schiffen sobald als möglich einzuziehen. — Deutscherseits wird, wie B. L. B. hört, der Standpunkt vertreten, daß für die Fortführung der Luftschiffe keinerlei Förderungen von der Orient mehr erhoben werden können, weil alle Ansprüche der Militärten wegen der während des Waffenstillstandes vorgekommenen Verluste durch das Scapa Flow-Breitfeld abgeklärt sind.

Aus der deutschen Volkspartei.

Für den Vortag der Deutschen Volkspartei in Nürnberg ist das Verhandlungsprogramm jetzt fertiggestellt. Am 3. Dez. findet die Aussprache über die politische Lage statt. Berichterstatter sind Dr. Heinze und Dr. Briesemann über die allgemeine politische Lage, Abg. Dr. Japp über den Friedensvertrag von Versailles. Am zweiten Tag (4. Dez.) folgt die Aussprache über die wirtschaftliche Lage. Den Bericht erstatten die Abgg. Dr. Hugo, Lütz und Dr. Böger. Anherdem stehen noch Geschäftsbericht u. Organisationsfragen zur Behandlung, über die Abg. Garnich Bericht erstatten wird.

Die englische Kohlenausfuhr wieder gestattet.

London, 21. Nov. Die Ausfuhr von Kohle wird vom 1. Dezember ab wieder gestattet mit der Einschränkung, daß eine schriftliche Genehmigung des Departements notwendig ist.

Eine kommunistische Universität in Moskau.

Paris, 20. Nov. Nach einer Meldung der „Russischen Neuesten Nachrichten“ soll am 1. Dezember in Moskau eine kommunistische Universität eröffnet werden.

Der Umsturz in Griechenland.

Selten sind Wahlen so deutlich zu einem Volksgesicht über ein herrschendes Regierungssystem geworden, wie die diesmaligen in Griechenland für die vorliegende Gewalttätigkeit des Kronprinzen. Dieser Diktator, die 3 Jahre lang der Welt suggerieren wollte, daß sie dem wahren Willen der ererbenden Mehrheit des griechischen Volkes entspreche, hätte zusammen mit ein Kartentaus, obwohl sie die Wahlen unter einem nicht zu überbietenden Terror vorbereitet und sich überdies auf nicht zu leugnende Erfolge ihrer Außenpolitik berufen konnte. Auch hat das griechische Volk nicht nur aus Benizelos' Munde bis in die letzten Tage gehört, sondern auch aus der gesamten Weltlage entnehmen müssen, daß die heutigen Herren Europas in der Tat auf der Seite seines Tyrannen stehen und von der Rückkehr König Konstantin nichts wissen wollen, weil sie naturnotwendig eine nachträgliche Brandmarke ihres Gewalttats vom Frühjahr 1917 bedeuten müßte. Dennoch haben die griechischen Wähler ihr Urteil über Benizelos so elementar zum Ausdruck gebracht, daß der Kronprinz seine Sache glatt verloren gegeben u. sich ins Ausland geflüchtet hat. Die Konstantinische Partei hat freie Bahn und kann auf den Ausgang der Wahlen verweisen als Beweis dafür, daß das griechische Volk in feiner ungeheuren Mehrheit auf ihrem Standpunkt steht. Wenn die Entente der Rückkehr König Konstantin immer noch ihr Veto entgegensetzt und vielleicht gar Gewaltmittel zu ihrer Verhinderung anwenden will — schon wird aus Genf berichtet, daß die französische Delegation auf der Bülkerbundversammlung die Parole ausgegeben habe: „Kein Konstantin, keine Sophie!“ Frankreichs Ehre ist engagiert. — dann wird die Welt ein weiteres Mal sehen, was es mit ihrem Respekt vor der freien Selbstbestimmung der Völker in Wahrheit auf sich hat. Um der Furcht des modernen griechischen Volkes willen muß man wünschen, daß man in Paris und London noch Vernunft annehme und gute Miene zum fatalen Spiele mache, also wenn nicht der Rückkehr König Konstantin selber, so doch wenigstens der Thronbesteigung des legitimen Thronfolgers Georg zuzunehmen (der Marin hat sich mit diesem Gedanken schon besonde). Erlaßt sich dieser Wunsch nicht, so können die Folgen für Griechenland ernst werden, zugleich aber wird in allen Ländern den letzten gutgläubigen Anhängern der Entente und speziell Frankreichs der Star gestochen sein.

Die Bülkerbundesversammlung.

Genf, 21. Nov. Die Bülkerbundesversammlung legte gestern vormittag die Besprechung über den Bericht des Generalsekretariats fort. Der belgische Delegierte, Senator Votantme, entwickelte seine Stellung zum Bülkerbund. Neben dem Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues sei es besonders die Frage der Abrüstung, die für die Welt geradezu

eine Lebensfrage bedeute angesichts der Tatsache, daß der Militärismus heute mehr verhängnisvoll als vorwärts. Es seien nicht nur die Pazifisten, die diese Abrüstung verlangen, sondern die Finanzleute u. die Männer des Wirtschaftslebens sind es, die auf eine Herabsetzung der militärischen Ausgaben drängen. Es muß eine internationale Armee des Bülkerbundes an die Stelle des nationalen Militarismus treten, die nicht mehr ein Instrument der Rechtspolitik, sondern des Rechtes sein muß. Es wäre sehr leicht, heute diese Armee für die Rettung Armeniens zu bilden und der Bülkerbund würde gewaltige moralische Kraft gewinnen, wenn er sich zu einer solchen Aktion entschließen würde.

Die Frage der Aufnahme Deutschlands.

London, 20. Nov. Lord George erklärte im Unterhaus auf eine Anfrage, ob eine Verifikation abgegeben werden könne, daß wenn Deutschland einen Antrag auf Zulassung zum Bülkerbund stelle, die britische Regierung diesen Antrag unterstützen würde, die britische Regierung wisse nichts davon, daß ein solcher Antrag an sie gerichtet werden würde.

Pflichtige Entlassung der engl. Gefangenen in Rußland.

London, 20. Nov. Die englische Regierung hat gestern eine Note Schickselins erhalten, in der mitgeteilt wird, daß die englischen Gefangenen pflöglich entlassen werden sind.

13.000 Krimflüchtlinge in Konstantinopel.

Konstantinopel, 20. Nov. Bisher sind 13.000 Flüchtlinge aus der Krim hier eingetroffen.

Der neue österreichische Nationalrat.

Wien, 20. Nov. Heute war die erste Debatte im neuen Nationalrat, sie gestaltete sich äußerst hitzig. Anlässlich einer dringenden sozialistischen Interpellation über das ungenügende fünfprozentige Matsbrot gab es hitzige Zusammenstöße zwischen Christlichsozialen und Sozialisten, die sich gegenseitig mit Beschimpfungen überhäufte. Politische Arie erblüht damit ein böses Präliminar für die weitere Tätigkeit im neuen Parlament.

Die Rheinreise der Reichsminister.

Berlin, 20. Nov. Der Reichstagsler und Minister Simons sind heute früh von ihrer Reise nach dem Rheinlande wieder zurückgekehrt. Die „Cologne Post“, das englische Blatt in Köln, hatte bekanntlich behauptet, der englische Kommissar von Köln, Bischoff, habe einen Empfang der beiden Reichsminister abgelehnt mit Rücksicht auf angebliche irreführende Mitteilungen des Reichsministers Koch in seiner letzten Reichstagsrede. Wie die „Germania“ hierzu erzählt, hat bei dem Reichstagsler und bei Minister Simons gar nicht die Absicht bestanden, ihrerseits den Kölnischen Vertreter der Rheinlandskommission aufzusuchen. Dieser schied sich mit der Stadtverwaltung wegen der Teilnahme an einer der Beratungen während des Aufenthalts der beiden Reichsminister in Köln oder wegen eines Besuchs bei ihnen in Verbindung gesetzt zu haben, erhebt aber dann von Koblenz aus die Behauptung, davon Abstand zu nehmen.

Die Zuchthausstrafe für Schieber und Wucherer.

Berlin, 21. Nov. Der Reichstag nahm einen Gesetzesentwurf an, der bestimmt, daß bei Schleichhandel, vorräthiger Preisverhinderung und bei der vorzweifelhaften Ausführung lebenswichtiger Gegenstände in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus von 1—15 Jahren und auf Geldstrafe von mindestens 20.000 M verurteilt werden kann. Nach dem Entwurf sind als besonders schwere Fälle anzusehen, wenn der Täter aus Gewinnsucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt, wenn er die Preisverhinderung aus Gewinnsucht, die wirtschaftliche Not der Bevölkerung in besonders verwerflicher Weise ausbeutet, wenn er es unternimmt, wichtige Lebensmittel oder Futter- und Düngemittel ins Ausland zu verschleusen; es sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt, wenn der Täter ganz oder überwiegend von Schleichhandelspekulationen oder verborgener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände lebt. Die Verurteilung ist auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu geben.

Inserate haben besten Erfolg!

von Preußen ein bloßes unbegründetes Gerücht gewesen. Ein König war ich aber nur einmal und mußte schlechterdings ein König bleiben, und zwar einer der reichsten und königlichsten, die es immer geben mag. Nur wußte man nicht recht, welcher. Die Welt hat nie Grund gehabt, über Rangal an Monarchen zu klagen, am wenigsten in unsern Tagen: die guten Leute, die noch keinen mit Augen gesehen, rieten immer mit gleichem Blick bald auf diesen, bald auf jenen — Graf Peter blieb immer, der er war.

Einst erschien unter den Badegästen ein Handelsmann, der Bankrott gemacht hatte, um sich zu bereichern, der allgemeinen Achtung genos und einen breiten, obgleich etwas blassen Schatten von sich warf. Er wollte hier das Begrüßen, das er gekammet, zum Brunst austreten, und es fiel sogar ihm ein, mit mir wetteifern zu wollen. Ich sprach meinem Sadel zu und hatte sehr bald den armen Teufel so weit, daß er, um sein Ansehen zu retten, abermals Bankrott machen mußte und übers Gebirge jenes. So ward ich ihn los. — Ich habe in dieser Gegend viele Taugenichtse und Müßiggänger gemacht.

Bei der königlichen Braut und Verschwendung, womit ich mir alles unterwarf, lebte ich in meinem Haus sehr einfach und eingezogen. Ich hatte mir die größte Vorliebe zur Regel gemacht, es durfte, unter keinem Vorwand, kein anderer als Bendel die Zimmer, die ich bewohnte, betreten. Solange die Sonne schien, hielt ich mich mit ihm darin verschlossen und es hieß: der Graf arbeite in seinem Kabinett. Mit diesen Arbeiten standen die häufigen Reiser in Verbindung, die ich um jede Reinigkeit abschloß und erhielt. — Ich nahm nur am Abend unter meinen Räumen, aber in meinem noch Bendels Angabe geschick und reich erlenterten Coale Gesellschaft an. Wenn ich ausging, wobei mich stets Bendel mit Argusaugen bewachen mußte, so war es nur nach dem Hofstergarten, und um der einen willen; denn meines Lebens innerlichstes Herz war meine Liebe.

O mein guter Chamisso, ich will hoffen, du habest noch nicht vergessen, was Liebe sei! Ich lasse dir hier vieles zu

Württembergische Politik.

Steuerausschuß.

Der Steuerausschuß behandelte in 2. Sitzung die Art. 1—8 des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Bundessteuergesetz. Bei Art. 1 wurden die von dem Abg. Jäger ungedruckt wieder eingebrachten Anträge, die die Erhebung des Staatsanteils von 25 Prozent streichen bezw. auf 10 Proz. herabsenken wollten, mit 12 gegen 5 bzw. 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde in Art. 2 eine Bestimmung eingefügt, daß zur Erhöhung des Gemeindefinanzanteils einen durch den Staatshaushaltsplan bestimmten Betrag u. zwar für das Rechnungsjahr 1920 einen solchen von 36 Millionen vorzuseh. Bezüglich der Besteuerung des Mindesteinkommens schloß ein Antrag Jäger auf Wiederherstellung des Regierungsentwurfs vor, der die Besteuerung allgemein schon bei 10.000 M Einkommen zuläßt. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit 11 gegen 5 Stimmen. Ebenso ein Antrag Jäger, der die Besteuerung des Mindesteinkommens erst bei einem Einkommen von 25.000 M beginnen lassen will. Ein Antrag Jäger, in Art. 2 des jetzigen Artikels 4 (Wahrung des Kinderprivilegs bis zu einem Einkommen von 30.000 M zu streichen, wurde mit 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ebenso ein Antrag Jäger, in Art. 2 des Art. 2 zu streichen, wonach die Gemeinden verpflichtet sind, die im Gesetz vorgezeichneten Grenzen bei der Besteuerung des Mindesteinkommens einzuhalten, zu streichen, mit 9 gegen 7 St. u. 1 Enthaltung. Die Abstimmung über die Erhöhung des Katasters hatte folgendes Ergebnis: Der Antrag Wulfer und Bauer eine Erhöhung von 400 Proz. an Grundkataster und von 600 Proz. bei Waldkataster vorzuseh, wurde mit 12 gegen 5 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag Scheel, der eine Erhöhung von 300 Proz. bei Grund- und Waldkataster vorzuseh. Der Antrag des Zentrum auf Erhöhung des Grundkatasters um 200 Proz. und des Waldkatasters um 300 Proz. wurde mit 11 gegen 6 Stimmen angenommen. Ein Antrag Eitel auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage war dadurch erledigt. Der Vertreter der Sozialdemokratie und der Demokratische erklärte vor der Abstimmung, daß sie bei der Zustimmung zum Zentrumsantrag sich das Weitere für das Plenum vorbehalten. Bezüglich des Gebäudekatasters wurde der Antrag Jäger auf Erhöhung um nur 10 Proz. mit 10 gegen 7 Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage mit 10 gegen 7 Stimmen angenommen. Ein Antrag Keil, der die Werkschäden m. d. H. und die Verbands- und Wirtschaftsgenossenschaften, soweit sie ihre Geschäftsbetriebe auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, von der Aufhebung des Abzugs der Gewerbesteuer befreien wollte, wurde mit 11 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Finanzausschuß.

Stuttgart, 20. Nov. Der Finanzausschuß des Landtags fuhr mit der Beratung des Etats des Staatsministeriums fort. Staatspräsident Hieber machte Mitteilung über die vielfältige Tätigkeit der Pressekommission und begründete ihre Notwendigkeit an verschiedenen Beispielen. Er betonte namentlich das öffentliche Interesse daran, daß den Ministern Gelegenheit geboten wird, Mitteilungen, die nicht streng amtlichen Charakter haben, als „Staatsanzeiger“ erscheinen, dem Publikum doch zugänglich gemacht werden. Ein Redner der Bürgerpartei ließ, daß die Pressekommission in ihrem jetzigen Ausbau den Bedürfnissen nicht entspreche, und bestand vor allem ihre parteipolitische Zusammenfassung. Ein Vertreter der Unabhängigen nannte die Pressekommission eine Sensationsabteilung, die nicht objektiv sei. Der Titel wurde dann gegen die Stimmen der Bürgerpartei und der Unabhängigen angenommen. Hierauf wurde über verschiedene Anträge der Zentrumspartei abgestimmt, die sich auf die Durchführung der größten Sparposten in der gesamten öffentlichen Verwaltung bezogen und die durchweg angenommen wurden. Die Anträge wollen alle Behörden, die mit der Kriegsd- und Uebergangswirtschaft zusammenhängen, so rasch als möglich abschließen. Dann sollten keine neuen Ausgaben vom Staate ohne Deckung übernommen werden. Ferner soll die Finanzspruchnahme der Behörden auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt und außerdem die Selbständigkeit der Gemeinden u. Körperschaften sowie die Zuständigkeit der staatlichen Bezirksbehörden erweitert werden. Dieser Standpunkt ist auch der Reichsregierung gegenüber zu ver-

Herrlich sonnige Tage
Wir beschließen zur Post,
Sich mit leiserem Schläge
Rührt die atmende Brust.

Peter Schlemihls wunderbare Geschichte.

9) Von Adelbert von Chamisso.]
1) Bendel am anderen Morgen eröffnete mir im Vertrauen, der Verdacht, den er längst gegen Kaskal's Rädlichkeit gehabt, sei nunmehr zur Gewißheit geworden. Er habe gestern ganze Säckel Goldes unterschlagen. „Daß uns“, erwiderte ich, „dem armen Schelmen die kleine Beute abnehmen; ich spende gern alles, warum nicht auch ihm? Gestern hat er mir, haben mir alle neuen Beute, die du mir gegeben, redlich gedient, sie haben mir trotz ein frohes Fest begeben helfen.“

Es war nicht weiter die Rede davon. Kaskal blieb der erste meiner Diener. Bendel war aber mein Freund und mein Vertrauter. Dieser war gewohnt worden, meinen Reichtum als unerschöpflich zu denken, und er spähte nicht nach dessen Quellen, er half mir vielmehr, in meinen Sinn eingehend, Gelegenheiten erkennen, ihn darzutun und Gold zu vergenden. Von jenem Unbekannten, dem bloßen Schleiher, wußte er nur so viel: Ich dürfe allein durch ihn von dem Glücke erfüllt werden, der auf mir laste, und fürchte ihn, auf dem meine einzige Hoffnung ruhe. Uebrigens sei ich davon überzeugt, er könne mich überall auffinden, ich ihn nirgends, darum ich, den versprochenen Lohn erwartend, jede vergebliche Nachsicherung einstellte.

Die Braut meines Freies und mein Benehmen dabei erzielten anfangs die starkgläubigen Finnpöcher der Stadt bei ihrer vorgefaßten Meinung. Es ergab sich freilich sehr bald aus den Getzungen, daß die ganze fabelhafte Reize des Königs

ergänzen. Mira war wirklich ein liebes, gutes, frommes Kind. Ich hatte ihre ganze Phantasie an mich gekettet, sie wußte in ihrer Demut nicht, womit sie wert gewesen, daß ich nur nach ihr geliebt; und sie vergalt Liebe um Liebe mit der vollen jugendlichen Kraft eines unschuldigen Perzents. Sie liebte wie ein Weib, ganz hin sich opfernd, selbstvergessen, hingegeben den nur meinet, der ihr Leben war, unbekümmert, sollte sie selbst zu Grunde gehen, das heißt, sie liebte wirklich.

Ich aber — o welche scherliche Stunden — (schredlich und würdig demnach, daß ich sie zurückwünsche — hab' ich oft an Bendels Brust verweint, als nach dem ersten bewußtlosen Rauch ich mich besonnen, mich selbst schärfe angeschaut der ich, ohne Schatten, mit tödlicher Selbstsucht diesen Engel verberhend, die reine Seele an mich gelogen und gestohlen. Dann beschloß ich, mich ihr selber zu verraten; dann gelobte ich mit teuren Eidswüren, mich von ihr zu reisen und zu entfliehen; dann brach ich wieder in Tränen aus und verabredete mit Bendel, wie ich sie auf den Abend im Fächergarten besuchen wolle.

Zu andern Zeiten lag ich mir selber vom nahe bevorstehenden Besuch des grauen Unbekannten große Hoffnungen vor und meinte wieder, wenn ich daran zu glauben übergebens versucht hätte. Ich hatte den Tag ausgerechnet, wo ich den Furchtbaren wieder zu sehen erwartete; denn er hatte gesagt, im Jahr und Tag, und ich glaubte an sein Wort.

Die Eltern waren gute, erdore alte Leute, die ihr einziges Kind sehr liebten, das ganze Verhältnis überlastete sie, als es schon bestand, und sie wußten nicht, was sie dabei tun sollten. Sie hatten selber nicht geträumt, der Graf Peter könne nur an ihr Kind denken, nun liebte er sie gar und ward wieder geliebt. — Die Mutter war wohl eisel genau, an die Möglichkeit einer Verbindung zu denken und darauf hinausarbeiten; der gesunde Menschenverstand des Vaters gab solchen überspannten Vorstellungen nicht Raum. Beide waren überzeugt von der Reinheit meiner Liebe — sie konnten nichts tun als für ihr Kind beten. (Fortsetzung folgt.)

treten, was ebenfalls in einem Antrag zum Ausdruck kam. Ein weiterer Zentralantrag, der eine bessere Frühverbindung mit dem Oberland wünscht, wurde in einem Antrag aller Parteien verbunden, der für eine direkte Verbindung zwischen Norddeutschland und Süddeutschland mit der Schweiz und von Freidörferen mit der Landeshauptstadt eintritt. Begleitend wurde auch vom Staatspräsidenten lebhaft begrüßt, weil er bei den Verhandlungen mit den Reichsbehörden einen guten Rückhalt bilde. Beim Kapitel der Militärverteilung im Reichsrat erklärte Hegler (U.S.P.) diese Einziehung mit samt ihren Ausgaben als rein deforativ und beantragte, die bez. 12—18 zu streichen. Der Staatspräsident legte dar, daß die Vertreter Württembergs nicht zu zahlreich seien und daß sie sogar weniger hohe Einkünfte haben als die Vertreter anderer Gliedstaaten. Die Kapitel wurden dann gegen die Stimmen der U.S.P. angenommen. Zum Kapitel Staatsarchiv lag ein Antrag des Zentrums vor, über die Vereinfachung der Rechte in Grundgesetzen einzutreten. Der Antrag wurde angenommen.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 22. November.

Bolkshilfereis. Auf den heute abend 8 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Bolkshilfereisabend mit Lichtbildern sei nochmals hingewiesen. Einheimische Mitwirkende, Vordenkungs, Seminarchor, Herr Schenck (Soli) Schillerchor, Gesang. Eintritt Markt 2.— und 3.—, einschließlich Steuer, nicht wie im Januar Markt 1.— u. 2.—.

K Die Württembergische Bürgerpartei, Ortsgruppe Ragold, hat ihre Freunde und Anhänger auf Samstag abend eingeladen. Herr Gerber Mayer begrüßte die Erscheinenden und erteilte Herrn Bondiagabskoordinierte Müller von Neubulach, Nachfolger von Stefan Schreiber, das Wort. Er sagte aus: Die Bürgerpartei sei zwar unter der gegenwärtigen Regierung wieder in die Opposition gedrängt, versage aber im Gefühl ihrer Verantwortung durchaus nicht ihre Mitwirkung soweit sich dies mit ihren Grundgedanken vereinigen lasse. Herr Müller gab einen Rückblick auf die parlamentarische Tätigkeit seit Bildung der neuen Regierung; den Generalkonferenz aus Anlaß des Steuerabzuges, die Denkschriften und Interventionen, die er zur Folge hatte, die Ernährungsdebatte und die neuen Beschlüsse. Der Staatshaushalt schließe mit einem Defizit von 5 Millionen Mark, was für ein so kleines Land wie Württemberg unerschöpflich sei. Die sachlichen Ausführungen von Herrn Stadtschultheiß Müller erwiderten Vertrauen in seine Tätigkeit als Parlamentarier. Hierauf sprach Generalsekretär Rapp von Stuttgart in längerer Ausführung über unzureichende und innenpolitische Lage. Die Niederlage Wangelns in der Krain, bedeute einen Verlust für uns und gebe dem ungeklärten Spannungszustand des böhmischen Reiches neuen Raum. Auch im Kaukasus werde die Vordringende, werde er die Schluppe in Bolen gar bald ausweichen und veruchen, auch bei uns die Fackel des bolschewistischen Aufruhrs zu entzünden. Wir haben unter heillosen Lebensverhältnissen, unter einer Last, wie sie im Krieg nie gewesen war. Der Druck der Verhältnisse werde nun persönlich aufgelöst, der Bauer für alles verantwortlich gemacht, er sei nicht schlimmer als andere Volksteile, welche die Lage auch reichlich ausgenutzt hätten, als die Konjunktur für sie günstig war. Bewußt müsse man den Widerstand liberal beschleunigen; aber die Leistungen der Landwirtschaft während des Krieges sollen unvergessen bleiben. Die Spannungsverhältnisse habe verurteilt. Nur ein Mittel helfe zu besseren Zuständen: die Vermehrung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie. So lange die Dämonen, welche die Friedensepochen kosten, weil infolge des Wirtschaftes und der hohen Stundenlöhne zu teuer produziert wird, wird der Ertrag des deutschen Acker weiter zurückgehen, der jetzt schon für Roggen 1/3, für Kartoffel 1/3 früherer Zeiten beträgt. Die Gesamtmenge der Lebensmittel kann nicht weiter durch Einfuhr aus Rumy (die schlechte Wolina brachte das Reich schon auf 70 Milliarden Schulden), sondern durch billigere und reichere Produktion vermehrt werden. Wir müssen mit Sachen im Ausland bezahlen und uns durch Quantitätsleistung den Weltmarkt wieder erschließen. Regierungsmaßnahmen müßten die Lebensmittel die allgemeine Preissteigerung mäßigen. Man kann hier nicht einfach von Wunder reden. Selbst der „Vorwärts“ muß zugeben, daß bei den Produktionsgemeinschaften lediglich der Eigenbedarf (Reinaktion) die Genossen beim Werte halten könne. Der eigentliche Antrieb zur Arbeit sei nicht das soziale Gefühl des Einzelnen, sondern der gesunde Erwerbsdrang. Der in über Gleichmacherei allgemein durchgeführte Achtstundentag sei unser Feind und zwar nicht etwa der Kapitalisten in erster Linie. Vor allem der Arbeiter ist dabei der Leidtragende, der zwar mehr Papier zwischen den Fingern, aber weniger Nahrung im Beib habe. Die Arbeitslosigkeit wird nicht geringer, wenn wieder mehr gearbeitet wird; es wird vielmehr neue Arbeitsbeschäftigungen geben und es kommt wieder Nahrung ins Land. Rechtzeitig haben Bürgerpartei und Bauernbund die Frauen vor dem Würgergeiß gewarnt. Arbeitslosigkeit und Streikwahn sind unser Feind. Der Redner ging noch auf das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei ein. Man nehme uns den Anschluß an die Deutschnationalen abel, wie wenn andere Parteien nicht auch ihre „Berliner“ hätten. Der Verständigung mit der Sozialdemokratie zuzeh habe die D.B.P. das Deutsch Nationale beiseite gerückt, ohne übrigens von ersterer Dank zu ernten. Arbeitslosigkeit und Sozialdemokratie seien längst nicht mehr identisch. In vielen Arbeitern dümmere die Erkenntnis, daß man ihnen Steine statt Brot gebe.

Volkshilfereis. Auf den heute abend 8 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Bolkshilfereisabend mit Lichtbildern sei nochmals hingewiesen. Einheimische Mitwirkende, Vordenkungs, Seminarchor, Herr Schenck (Soli) Schillerchor, Gesang. Eintritt Markt 2.— und 3.—, einschließlich Steuer, nicht wie im Januar Markt 1.— u. 2.—.

K Die Württembergische Bürgerpartei, Ortsgruppe Ragold, hat ihre Freunde und Anhänger auf Samstag abend eingeladen. Herr Gerber Mayer begrüßte die Erscheinenden und erteilte Herrn Bondiagabskoordinierte Müller von Neubulach, Nachfolger von Stefan Schreiber, das Wort. Er sagte aus: Die Bürgerpartei sei zwar unter der gegenwärtigen Regierung wieder in die Opposition gedrängt, versage aber im Gefühl ihrer Verantwortung durchaus nicht ihre Mitwirkung soweit sich dies mit ihren Grundgedanken vereinigen lasse. Herr Müller gab einen Rückblick auf die parlamentarische Tätigkeit seit Bildung der neuen Regierung; den Generalkonferenz aus Anlaß des Steuerabzuges, die Denkschriften und Interventionen, die er zur Folge hatte, die Ernährungsdebatte und die neuen Beschlüsse. Der Staatshaushalt schließe mit einem Defizit von 5 Millionen Mark, was für ein so kleines Land wie Württemberg unerschöpflich sei. Die sachlichen Ausführungen von Herrn Stadtschultheiß Müller erwiderten Vertrauen in seine Tätigkeit als Parlamentarier. Hierauf sprach Generalsekretär Rapp von Stuttgart in längerer Ausführung über unzureichende und innenpolitische Lage. Die Niederlage Wangelns in der Krain, bedeute einen Verlust für uns und gebe dem ungeklärten Spannungszustand des böhmischen Reiches neuen Raum. Auch im Kaukasus werde die Vordringende, werde er die Schluppe in Bolen gar bald ausweichen und veruchen, auch bei uns die Fackel des bolschewistischen Aufruhrs zu entzünden. Wir haben unter heillosen Lebensverhältnissen, unter einer Last, wie sie im Krieg nie gewesen war. Der Druck der Verhältnisse werde nun persönlich aufgelöst, der Bauer für alles verantwortlich gemacht, er sei nicht schlimmer als andere Volksteile, welche die Lage auch reichlich ausgenutzt hätten, als die Konjunktur für sie günstig war. Bewußt müsse man den Widerstand liberal beschleunigen; aber die Leistungen der Landwirtschaft während des Krieges sollen unvergessen bleiben. Die Spannungsverhältnisse habe verurteilt. Nur ein Mittel helfe zu besseren Zuständen: die Vermehrung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie. So lange die Dämonen, welche die Friedensepochen kosten, weil infolge des Wirtschaftes und der hohen Stundenlöhne zu teuer produziert wird, wird der Ertrag des deutschen Acker weiter zurückgehen, der jetzt schon für Roggen 1/3, für Kartoffel 1/3 früherer Zeiten beträgt. Die Gesamtmenge der Lebensmittel kann nicht weiter durch Einfuhr aus Rumy (die schlechte Wolina brachte das Reich schon auf 70 Milliarden Schulden), sondern durch billigere und reichere Produktion vermehrt werden. Wir müssen mit Sachen im Ausland bezahlen und uns durch Quantitätsleistung den Weltmarkt wieder erschließen. Regierungsmaßnahmen müßten die Lebensmittel die allgemeine Preissteigerung mäßigen. Man kann hier nicht einfach von Wunder reden. Selbst der „Vorwärts“ muß zugeben, daß bei den Produktionsgemeinschaften lediglich der Eigenbedarf (Reinaktion) die Genossen beim Werte halten könne. Der eigentliche Antrieb zur Arbeit sei nicht das soziale Gefühl des Einzelnen, sondern der gesunde Erwerbsdrang. Der in über Gleichmacherei allgemein durchgeführte Achtstundentag sei unser Feind und zwar nicht etwa der Kapitalisten in erster Linie. Vor allem der Arbeiter ist dabei der Leidtragende, der zwar mehr Papier zwischen den Fingern, aber weniger Nahrung im Beib habe. Die Arbeitslosigkeit wird nicht geringer, wenn wieder mehr gearbeitet wird; es wird vielmehr neue Arbeitsbeschäftigungen geben und es kommt wieder Nahrung ins Land. Rechtzeitig haben Bürgerpartei und Bauernbund die Frauen vor dem Würgergeiß gewarnt. Arbeitslosigkeit und Streikwahn sind unser Feind. Der Redner ging noch auf das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei ein. Man nehme uns den Anschluß an die Deutschnationalen abel, wie wenn andere Parteien nicht auch ihre „Berliner“ hätten. Der Verständigung mit der Sozialdemokratie zuzeh habe die D.B.P. das Deutsch Nationale beiseite gerückt, ohne übrigens von ersterer Dank zu ernten. Arbeitslosigkeit und Sozialdemokratie seien längst nicht mehr identisch. In vielen Arbeitern dümmere die Erkenntnis, daß man ihnen Steine statt Brot gebe.

Volkshilfereis. Auf den heute abend 8 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Bolkshilfereisabend mit Lichtbildern sei nochmals hingewiesen. Einheimische Mitwirkende, Vordenkungs, Seminarchor, Herr Schenck (Soli) Schillerchor, Gesang. Eintritt Markt 2.— und 3.—, einschließlich Steuer, nicht wie im Januar Markt 1.— u. 2.—.

K Die Württembergische Bürgerpartei, Ortsgruppe Ragold, hat ihre Freunde und Anhänger auf Samstag abend eingeladen. Herr Gerber Mayer begrüßte die Erscheinenden und erteilte Herrn Bondiagabskoordinierte Müller von Neubulach, Nachfolger von Stefan Schreiber, das Wort. Er sagte aus: Die Bürgerpartei sei zwar unter der gegenwärtigen Regierung wieder in die Opposition gedrängt, versage aber im Gefühl ihrer Verantwortung durchaus nicht ihre Mitwirkung soweit sich dies mit ihren Grundgedanken vereinigen lasse. Herr Müller gab einen Rückblick auf die parlamentarische Tätigkeit seit Bildung der neuen Regierung; den Generalkonferenz aus Anlaß des Steuerabzuges, die Denkschriften und Interventionen, die er zur Folge hatte, die Ernährungsdebatte und die neuen Beschlüsse. Der Staatshaushalt schließe mit einem Defizit von 5 Millionen Mark, was für ein so kleines Land wie Württemberg unerschöpflich sei. Die sachlichen Ausführungen von Herrn Stadtschultheiß Müller erwiderten Vertrauen in seine Tätigkeit als Parlamentarier. Hierauf sprach Generalsekretär Rapp von Stuttgart in längerer Ausführung über unzureichende und innenpolitische Lage. Die Niederlage Wangelns in der Krain, bedeute einen Verlust für uns und gebe dem ungeklärten Spannungszustand des böhmischen Reiches neuen Raum. Auch im Kaukasus werde die Vordringende, werde er die Schluppe in Bolen gar bald ausweichen und veruchen, auch bei uns die Fackel des bolschewistischen Aufruhrs zu entzünden. Wir haben unter heillosen Lebensverhältnissen, unter einer Last, wie sie im Krieg nie gewesen war. Der Druck der Verhältnisse werde nun persönlich aufgelöst, der Bauer für alles verantwortlich gemacht, er sei nicht schlimmer als andere Volksteile, welche die Lage auch reichlich ausgenutzt hätten, als die Konjunktur für sie günstig war. Bewußt müsse man den Widerstand liberal beschleunigen; aber die Leistungen der Landwirtschaft während des Krieges sollen unvergessen bleiben. Die Spannungsverhältnisse habe verurteilt. Nur ein Mittel helfe zu besseren Zuständen: die Vermehrung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie. So lange die Dämonen, welche die Friedensepochen kosten, weil infolge des Wirtschaftes und der hohen Stundenlöhne zu teuer produziert wird, wird der Ertrag des deutschen Acker weiter zurückgehen, der jetzt schon für Roggen 1/3, für Kartoffel 1/3 früherer Zeiten beträgt. Die Gesamtmenge der Lebensmittel kann nicht weiter durch Einfuhr aus Rumy (die schlechte Wolina brachte das Reich schon auf 70 Milliarden Schulden), sondern durch billigere und reichere Produktion vermehrt werden. Wir müssen mit Sachen im Ausland bezahlen und uns durch Quantitätsleistung den Weltmarkt wieder erschließen. Regierungsmaßnahmen müßten die Lebensmittel die allgemeine Preissteigerung mäßigen. Man kann hier nicht einfach von Wunder reden. Selbst der „Vorwärts“ muß zugeben, daß bei den Produktionsgemeinschaften lediglich der Eigenbedarf (Reinaktion) die Genossen beim Werte halten könne. Der eigentliche Antrieb zur Arbeit sei nicht das soziale Gefühl des Einzelnen, sondern der gesunde Erwerbsdrang. Der in über Gleichmacherei allgemein durchgeführte Achtstundentag sei unser Feind und zwar nicht etwa der Kapitalisten in erster Linie. Vor allem der Arbeiter ist dabei der Leidtragende, der zwar mehr Papier zwischen den Fingern, aber weniger Nahrung im Beib habe. Die Arbeitslosigkeit wird nicht geringer, wenn wieder mehr gearbeitet wird; es wird vielmehr neue Arbeitsbeschäftigungen geben und es kommt wieder Nahrung ins Land. Rechtzeitig haben Bürgerpartei und Bauernbund die Frauen vor dem Würgergeiß gewarnt. Arbeitslosigkeit und Streikwahn sind unser Feind. Der Redner ging noch auf das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei ein. Man nehme uns den Anschluß an die Deutschnationalen abel, wie wenn andere Parteien nicht auch ihre „Berliner“ hätten. Der Verständigung mit der Sozialdemokratie zuzeh habe die D.B.P. das Deutsch Nationale beiseite gerückt, ohne übrigens von ersterer Dank zu ernten. Arbeitslosigkeit und Sozialdemokratie seien längst nicht mehr identisch. In vielen Arbeitern dümmere die Erkenntnis, daß man ihnen Steine statt Brot gebe.

Volkshilfereis. Auf den heute abend 8 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Bolkshilfereisabend mit Lichtbildern sei nochmals hingewiesen. Einheimische Mitwirkende, Vordenkungs, Seminarchor, Herr Schenck (Soli) Schillerchor, Gesang. Eintritt Markt 2.— und 3.—, einschließlich Steuer, nicht wie im Januar Markt 1.— u. 2.—.

K Die Württembergische Bürgerpartei, Ortsgruppe Ragold, hat ihre Freunde und Anhänger auf Samstag abend eingeladen. Herr Gerber Mayer begrüßte die Erscheinenden und erteilte Herrn Bondiagabskoordinierte Müller von Neubulach, Nachfolger von Stefan Schreiber, das Wort. Er sagte aus: Die Bürgerpartei sei zwar unter der gegenwärtigen Regierung wieder in die Opposition gedrängt, versage aber im Gefühl ihrer Verantwortung durchaus nicht ihre Mitwirkung soweit sich dies mit ihren Grundgedanken vereinigen lasse. Herr Müller gab einen Rückblick auf die parlamentarische Tätigkeit seit Bildung der neuen Regierung; den Generalkonferenz aus Anlaß des Steuerabzuges, die Denkschriften und Interventionen, die er zur Folge hatte, die Ernährungsdebatte und die neuen Beschlüsse. Der Staatshaushalt schließe mit einem Defizit von 5 Millionen Mark, was für ein so kleines Land wie Württemberg unerschöpflich sei. Die sachlichen Ausführungen von Herrn Stadtschultheiß Müller erwiderten Vertrauen in seine Tätigkeit als Parlamentarier. Hierauf sprach Generalsekretär Rapp von Stuttgart in längerer Ausführung über unzureichende und innenpolitische Lage. Die Niederlage Wangelns in der Krain, bedeute einen Verlust für uns und gebe dem ungeklärten Spannungszustand des böhmischen Reiches neuen Raum. Auch im Kaukasus werde die Vordringende, werde er die Schluppe in Bolen gar bald ausweichen und veruchen, auch bei uns die Fackel des bolschewistischen Aufruhrs zu entzünden. Wir haben unter heillosen Lebensverhältnissen, unter einer Last, wie sie im Krieg nie gewesen war. Der Druck der Verhältnisse werde nun persönlich aufgelöst, der Bauer für alles verantwortlich gemacht, er sei nicht schlimmer als andere Volksteile, welche die Lage auch reichlich ausgenutzt hätten, als die Konjunktur für sie günstig war. Bewußt müsse man den Widerstand liberal beschleunigen; aber die Leistungen der Landwirtschaft während des Krieges sollen unvergessen bleiben. Die Spannungsverhältnisse habe verurteilt. Nur ein Mittel helfe zu besseren Zuständen: die Vermehrung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie. So lange die Dämonen, welche die Friedensepochen kosten, weil infolge des Wirtschaftes und der hohen Stundenlöhne zu teuer produziert wird, wird der Ertrag des deutschen Acker weiter zurückgehen, der jetzt schon für Roggen 1/3, für Kartoffel 1/3 früherer Zeiten beträgt. Die Gesamtmenge der Lebensmittel kann nicht weiter durch Einfuhr aus Rumy (die schlechte Wolina brachte das Reich schon auf 70 Milliarden Schulden), sondern durch billigere und reichere Produktion vermehrt werden. Wir müssen mit Sachen im Ausland bezahlen und uns durch Quantitätsleistung den Weltmarkt wieder erschließen. Regierungsmaßnahmen müßten die Lebensmittel die allgemeine Preissteigerung mäßigen. Man kann hier nicht einfach von Wunder reden. Selbst der „Vorwärts“ muß zugeben, daß bei den Produktionsgemeinschaften lediglich der Eigenbedarf (Reinaktion) die Genossen beim Werte halten könne. Der eigentliche Antrieb zur Arbeit sei nicht das soziale Gefühl des Einzelnen, sondern der gesunde Erwerbsdrang. Der in über Gleichmacherei allgemein durchgeführte Achtstundentag sei unser Feind und zwar nicht etwa der Kapitalisten in erster Linie. Vor allem der Arbeiter ist dabei der Leidtragende, der zwar mehr Papier zwischen den Fingern, aber weniger Nahrung im Beib habe. Die Arbeitslosigkeit wird nicht geringer, wenn wieder mehr gearbeitet wird; es wird vielmehr neue Arbeitsbeschäftigungen geben und es kommt wieder Nahrung ins Land. Rechtzeitig haben Bürgerpartei und Bauernbund die Frauen vor dem Würgergeiß gewarnt. Arbeitslosigkeit und Streikwahn sind unser Feind. Der Redner ging noch auf das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei ein. Man nehme uns den Anschluß an die Deutschnationalen abel, wie wenn andere Parteien nicht auch ihre „Berliner“ hätten. Der Verständigung mit der Sozialdemokratie zuzeh habe die D.B.P. das Deutsch Nationale beiseite gerückt, ohne übrigens von ersterer Dank zu ernten. Arbeitslosigkeit und Sozialdemokratie seien längst nicht mehr identisch. In vielen Arbeitern dümmere die Erkenntnis, daß man ihnen Steine statt Brot gebe.

Volkshilfereis. Auf den heute abend 8 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Bolkshilfereisabend mit Lichtbildern sei nochmals hingewiesen. Einheimische Mitwirkende, Vordenkungs, Seminarchor, Herr Schenck (Soli) Schillerchor, Gesang. Eintritt Markt 2.— und 3.—, einschließlich Steuer, nicht wie im Januar Markt 1.— u. 2.—.

K Die Württembergische Bürgerpartei, Ortsgruppe Ragold, hat ihre Freunde und Anhänger auf Samstag abend eingeladen. Herr Gerber Mayer begrüßte die Erscheinenden und erteilte Herrn Bondiagabskoordinierte Müller von Neubulach, Nachfolger von Stefan Schreiber, das Wort. Er sagte aus: Die Bürgerpartei sei zwar unter der gegenwärtigen Regierung wieder in die Opposition gedrängt, versage aber im Gefühl ihrer Verantwortung durchaus nicht ihre Mitwirkung soweit sich dies mit ihren Grundgedanken vereinigen lasse. Herr Müller gab einen Rückblick auf die parlamentarische Tätigkeit seit Bildung der neuen Regierung; den Generalkonferenz aus Anlaß des Steuerabzuges, die Denkschriften und Interventionen, die er zur Folge hatte, die Ernährungsdebatte und die neuen Beschlüsse. Der Staatshaushalt schließe mit einem Defizit von 5 Millionen Mark, was für ein so kleines Land wie Württemberg unerschöpflich sei. Die sachlichen Ausführungen von Herrn Stadtschultheiß Müller erwiderten Vertrauen in seine Tätigkeit als Parlamentarier. Hierauf sprach Generalsekretär Rapp von Stuttgart in längerer Ausführung über unzureichende und innenpolitische Lage. Die Niederlage Wangelns in der Krain, bedeute einen Verlust für uns und gebe dem ungeklärten Spannungszustand des böhmischen Reiches neuen Raum. Auch im Kaukasus werde die Vordringende, werde er die Schluppe in Bolen gar bald ausweichen und veruchen, auch bei uns die Fackel des bolschewistischen Aufruhrs zu entzünden. Wir haben unter heillosen Lebensverhältnissen, unter einer Last, wie sie im Krieg nie gewesen war. Der Druck der Verhältnisse werde nun persönlich aufgelöst, der Bauer für alles verantwortlich gemacht, er sei nicht schlimmer als andere Volksteile, welche die Lage auch reichlich ausgenutzt hätten, als die Konjunktur für sie günstig war. Bewußt müsse man den Widerstand liberal beschleunigen; aber die Leistungen der Landwirtschaft während des Krieges sollen unvergessen bleiben. Die Spannungsverhältnisse habe verurteilt. Nur ein Mittel helfe zu besseren Zuständen: die Vermehrung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie. So lange die Dämonen, welche die Friedensepochen kosten, weil infolge des Wirtschaftes und der hohen Stundenlöhne zu teuer produziert wird, wird der Ertrag des deutschen Acker weiter zurückgehen, der jetzt schon für Roggen 1/3, für Kartoffel 1/3 früherer Zeiten beträgt. Die Gesamtmenge der Lebensmittel kann nicht weiter durch Einfuhr aus Rumy (die schlechte Wolina brachte das Reich schon auf 70 Milliarden Schulden), sondern durch billigere und reichere Produktion vermehrt werden. Wir müssen mit Sachen im Ausland bezahlen und uns durch Quantitätsleistung den Weltmarkt wieder erschließen. Regierungsmaßnahmen müßten die Lebensmittel die allgemeine Preissteigerung mäßigen. Man kann hier nicht einfach von Wunder reden. Selbst der „Vorwärts“ muß zugeben, daß bei den Produktionsgemeinschaften lediglich der Eigenbedarf (Reinaktion) die Genossen beim Werte halten könne. Der eigentliche Antrieb zur Arbeit sei nicht das soziale Gefühl des Einzelnen, sondern der gesunde Erwerbsdrang. Der in über Gleichmacherei allgemein durchgeführte Achtstundentag sei unser Feind und zwar nicht etwa der Kapitalisten in erster Linie. Vor allem der Arbeiter ist dabei der Leidtragende, der zwar mehr Papier zwischen den Fingern, aber weniger Nahrung im Beib habe. Die Arbeitslosigkeit wird nicht geringer, wenn wieder mehr gearbeitet wird; es wird vielmehr neue Arbeitsbeschäftigungen geben und es kommt wieder Nahrung ins Land. Rechtzeitig haben Bürgerpartei und Bauernbund die Frauen vor dem Würgergeiß gewarnt. Arbeitslosigkeit und Streikwahn sind unser Feind. Der Redner ging noch auf das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei ein. Man nehme uns den Anschluß an die Deutschnationalen abel, wie wenn andere Parteien nicht auch ihre „Berliner“ hätten. Der Verständigung mit der Sozialdemokratie zuzeh habe die D.B.P. das Deutsch Nationale beiseite gerückt, ohne übrigens von ersterer Dank zu ernten. Arbeitslosigkeit und Sozialdemokratie seien längst nicht mehr identisch. In vielen Arbeitern dümmere die Erkenntnis, daß man ihnen Steine statt Brot gebe.

Volkshilfereis. Auf den heute abend 8 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Bolkshilfereisabend mit Lichtbildern sei nochmals hingewiesen. Einheimische Mitwirkende, Vordenkungs, Seminarchor, Herr Schenck (Soli) Schillerchor, Gesang. Eintritt Markt 2.— und 3.—, einschließlich Steuer, nicht wie im Januar Markt 1.— u. 2.—.

K Die Württembergische Bürgerpartei, Ortsgruppe Ragold, hat ihre Freunde und Anhänger auf Samstag abend eingeladen. Herr Gerber Mayer begrüßte die Erscheinenden und erteilte Herrn Bondiagabskoordinierte Müller von Neubulach, Nachfolger von Stefan Schreiber, das Wort. Er sagte aus: Die Bürgerpartei sei zwar unter der gegenwärtigen Regierung wieder in die Opposition gedrängt, versage aber im Gefühl ihrer Verantwortung durchaus nicht ihre Mitwirkung soweit sich dies mit ihren Grundgedanken vereinigen lasse. Herr Müller gab einen Rückblick auf die parlamentarische Tätigkeit seit Bildung der neuen Regierung; den Generalkonferenz aus Anlaß des Steuerabzuges, die Denkschriften und Interventionen, die er zur Folge hatte, die Ernährungsdebatte und die neuen Beschlüsse. Der Staatshaushalt schließe mit einem Defizit von 5 Millionen Mark, was für ein so kleines Land wie Württemberg unerschöpflich sei. Die sachlichen Ausführungen von Herrn Stadtschultheiß Müller erwiderten Vertrauen in seine Tätigkeit als Parlamentarier. Hierauf sprach Generalsekretär Rapp von Stuttgart in längerer Ausführung über unzureichende und innenpolitische Lage. Die Niederlage Wangelns in der Krain, bedeute einen Verlust für uns und gebe dem ungeklärten Spannungszustand des böhmischen Reiches neuen Raum. Auch im Kaukasus werde die Vordringende, werde er die Schluppe in Bolen gar bald ausweichen und veruchen, auch bei uns die Fackel des bolschewistischen Aufruhrs zu entzünden. Wir haben unter heillosen Lebensverhältnissen, unter einer Last, wie sie im Krieg nie gewesen war. Der Druck der Verhältnisse werde nun persönlich aufgelöst, der Bauer für alles verantwortlich gemacht, er sei nicht schlimmer als andere Volksteile, welche die Lage auch reichlich ausgenutzt hätten, als die Konjunktur für sie günstig war. Bewußt müsse man den Widerstand liberal beschleunigen; aber die Leistungen der Landwirtschaft während des Krieges sollen unvergessen bleiben. Die Spannungsverhältnisse habe verurteilt. Nur ein Mittel helfe zu besseren Zuständen: die Vermehrung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie. So lange die Dämonen, welche die Friedensepochen kosten, weil infolge des Wirtschaftes und der hohen Stundenlöhne zu teuer produziert wird, wird der Ertrag des deutschen Acker weiter zurückgehen, der jetzt schon für Roggen 1/3, für Kartoffel 1/3 früherer Zeiten beträgt. Die Gesamtmenge der Lebensmittel kann nicht weiter durch Einfuhr aus Rumy (die schlechte Wolina brachte das Reich schon auf 70 Milliarden Schulden), sondern durch billigere und reichere Produktion vermehrt werden. Wir müssen mit Sachen im Ausland bezahlen und uns durch Quantitätsleistung den Weltmarkt wieder erschließen. Regierungsmaßnahmen müßten die Lebensmittel die allgemeine Preissteigerung mäßigen. Man kann hier nicht einfach von Wunder reden. Selbst der „Vorwärts“ muß zugeben, daß bei den Produktionsgemeinschaften lediglich der Eigenbedarf (Reinaktion) die Genossen beim Werte halten könne. Der eigentliche Antrieb zur Arbeit sei nicht das soziale Gefühl des Einzelnen, sondern der gesunde Erwerbsdrang. Der in über Gleichmacherei allgemein durchgeführte Achtstundentag sei unser Feind und zwar nicht etwa der Kapitalisten in erster Linie. Vor allem der Arbeiter ist dabei der Leidtragende, der zwar mehr Papier zwischen den Fingern, aber weniger Nahrung im Beib habe. Die Arbeitslosigkeit wird nicht geringer, wenn wieder mehr gearbeitet wird; es wird vielmehr neue Arbeitsbeschäftigungen geben und es kommt wieder Nahrung ins Land. Rechtzeitig haben Bürgerpartei und Bauernbund die Frauen vor dem Würgergeiß gewarnt. Arbeitslosigkeit und Streikwahn sind unser Feind. Der Redner ging noch auf das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei ein. Man nehme uns den Anschluß an die Deutschnationalen abel, wie wenn andere Parteien nicht auch ihre „Berliner“ hätten. Der Verständigung mit der Sozialdemokratie zuzeh habe die D.B.P. das Deutsch Nationale beiseite gerückt, ohne übrigens von ersterer Dank zu ernten. Arbeitslosigkeit und Sozialdemokratie seien längst nicht mehr identisch. In vielen Arbeitern dümmere die Erkenntnis, daß man ihnen Steine statt Brot gebe.

Volkshilfereis. Auf den heute abend 8 Uhr in der Turnhalle stattfindenden Bolkshilfereisabend mit Lichtbildern sei nochmals hingewiesen. Einheimische Mitwirkende, Vordenkungs, Seminarchor, Herr Schenck (Soli) Schillerchor, Gesang. Eintritt Markt 2.— und 3.—, einschließlich Steuer, nicht wie im Januar Markt 1.— u. 2.—.

K Die Württembergische Bürgerpartei, Ortsgruppe Ragold, hat ihre Freunde und Anhänger auf Samstag abend eingeladen. Herr Gerber Mayer begrüßte die Erscheinenden und erteilte Herrn Bondiagabskoordinierte Müller von Neubulach, Nachfolger von Stefan Schreiber, das Wort. Er sagte aus: Die Bürgerpartei sei zwar unter der gegenwärtigen Regierung wieder in die Opposition gedrängt, versage aber im Gefühl ihrer Verantwortung durchaus nicht ihre Mitwirkung soweit sich dies mit ihren Grundgedanken vereinigen lasse. Herr Müller gab einen Rückblick auf die parlamentarische Tätigkeit seit Bildung der neuen Regierung; den Generalkonferenz aus Anlaß des Steuerabzuges, die Denkschriften und Interventionen, die er zur Folge hatte, die Ernährungsdebatte und die neuen Beschlüsse. Der Staatshaushalt schließe mit einem Defizit von 5 Millionen Mark, was für ein so kleines Land wie Württemberg unerschöpflich sei. Die sachlichen Ausführungen von Herrn Stadtschultheiß Müller erwiderten Vertrauen in seine Tätigkeit als Parlamentarier. Hierauf sprach Generalsekretär Rapp von Stuttgart in längerer Ausführung über unzureichende und innenpolitische Lage. Die Niederlage Wangelns in der Krain, bedeute einen Verlust für uns und gebe dem ungeklärten Spannungszustand des böhmischen Reiches neuen Raum. Auch im Kaukasus werde die Vordringende, werde er die Schluppe in Bolen gar bald ausweichen und veruchen, auch bei uns die Fackel des bolschewistischen Aufruhrs zu entzünden. Wir haben unter heillosen Lebensverhältnissen, unter einer Last, wie sie im Krieg nie gewesen war. Der Druck der Verhältnisse werde nun persönlich aufgelöst, der Bauer für alles verantwortlich gemacht, er sei nicht schlimmer als andere Volksteile, welche die Lage auch reichlich ausgenutzt hätten, als die Konjunktur für sie günstig war. Bewußt müsse man den Widerstand liberal beschleunigen; aber die Leistungen der Landwirtschaft während des Krieges sollen unvergessen bleiben. Die Spannungsverhältnisse habe verurteilt. Nur ein Mittel helfe zu besseren Zuständen: die Vermehrung der Produktion in Landwirtschaft und Industrie. So lange die Dämonen, welche die Friedensepochen kosten, weil infolge des Wirtschaftes und der hohen Stundenlöhne zu teuer produziert wird, wird der Ertrag des deutschen Acker weiter zurückgehen, der jetzt schon für Roggen 1/3, für Kartoffel 1/3 früherer Zeiten beträgt. Die Gesamtmenge der Lebensmittel kann nicht weiter durch Einfuhr aus Rumy (die schlechte Wolina brachte das Reich schon auf 70 Milliarden Schulden), sondern durch billigere und reichere Produktion vermehrt werden. Wir müssen mit Sachen im Ausland bezahlen und uns durch Quantitätsleistung den Weltmarkt wieder erschließen. Regierungsmaßnahmen müßten die Lebensmittel die allgemeine Preissteigerung mäßigen. Man kann hier nicht einfach von Wunder reden. Selbst der „Vorwärts“ muß zugeben, daß bei den Produktionsgemeinschaften lediglich der Eigenbedarf (Reinaktion) die Genossen beim Werte halten könne. Der eigentliche Antrieb zur Arbeit sei nicht das soziale Gefühl des Einzelnen, sondern der gesunde Erwerbsdrang. Der in über Gleichmacherei allgemein durchgeführte Achtstundentag sei unser Feind und zwar nicht etwa der Kapitalisten in erster Linie. Vor allem der Arbeiter ist dabei der Leidtragende, der zwar mehr Papier zwischen den Fingern, aber weniger Nahrung im Beib habe. Die Arbeitslosigkeit wird nicht geringer, wenn wieder mehr gearbeitet wird; es wird vielmehr neue Arbeitsbeschäftigungen geben und es kommt wieder Nahrung ins Land. Rechtzeitig haben Bürgerpartei und Bauernbund die Frauen vor dem Würgergeiß gewarnt. Arbeitslosigkeit und Streikwahn sind unser Feind. Der Redner ging noch auf das Verhältnis zur Deutschen Volkspartei ein. Man nehme uns den Anschluß an die Deutschnationalen abel, wie wenn andere Parteien nicht auch ihre „Berliner“ hätten. Der Verständigung mit der Sozialdemokratie zuzeh habe die D.B.P. das Deutsch Nationale beiseite gerückt, ohne übrigens von ersterer Dank zu ernten. Arbeitslosigkeit und Sozialdemokratie seien längst nicht mehr identisch. In vielen Arbeitern dümmere die Erkenntnis, daß man ihnen Steine statt Brot gebe.

garter Madrigalvereinigung (Herman Keller) in der Weihnachtzeit zur Aufführung bringen. Durch das stark Hervortreten des a-capella Gesanges und durch die ausschließliche Verwendung der Orgel als Begleitinstrument, was bei den heutigen Orchesterkonzerten besonders beachtenswert ist, erhält das Werk einen vollständigen Charakter, der ihm neben seinem musikalischen Wert sicherlich auch zur weiten Verbreitung im Lande helfen wird. — Der Klavierauszug ist bei Curt Winkler in Stuttgart erhältlich.

Weihnachtseinkäufe. Die Weihnachtseinkäufe sollte man jetzt schon vornehmen, damit die Geschäftsteile einen Heberblick erhalten, was sie noch nachzubestellen haben, nicht wenige Tage vor dem Feste in Verlegenheit zu kommen. Am Hinblick auf den Umstand, daß man nicht wie früher Ware in Fülle und Fülle vom Fabrikanten bekommt, ferner mit Rücksicht auf die teuren Einkaufspreise will man mit Recht nicht mehr auf Lager haben, als man für die nächste Zeit braucht; und deshalb erscheint es angebracht, durch möglichst frühzeitigen Einkauf den Geschäftsteile entgegenzukommen. Selbstverständlich sollte am Platz gekauft werden, was am Platz zu haben ist. Daher ist es notwendig, daß die Geschäftsteile durch freiwillig erfolgende unangenehme Anfordigung darauf hinweisen, was sie alles an Weihnachtscartons zu bieten vermögen. Die Angelegenheit lohnt sich zu fest zur Weihnachtzeit ganz besonders.

Der Bauernrat in Aalen am Dienstag, 23. Nov. 1920, vormitt. 11 Uhr, im „Völkchen“, weist folgende Tagesordnung auf: 1. Eröffnung der Tagung durch Vorsitzender Mayer (Bommertsweiler). 2. Bekanntgabe des Geschäftsberichts des Landes Hauptverbandes durch Verbandsvorsitzenden Schultheiß Waag (Albstadt). 3. Vortrag über „Die Aufgaben der Landwirtschaft auf dem Gebiet des Acker- und Pflanzenbaues“ von Abteilungsleiter Dr. Weß (Stuttgart). 4. Vortrag über „Wirtschaftspolitische Tages- und Organisationsfragen“ von Diplomlandwirt Hummel vom Landes Hauptverband. 5. Freie Ausrede.

Ausgabe von Germaniamarken. Germaniamarken zu 1, 1/2, 2 und 4 M. hat die Reichsdruckerei hergestellt. Sie werden in den nächsten Tagen ausgegeben. Sie sind nicht größer als die Pfennigmünzen und werden ebenfalls im Buchdruck, aber ausdauernd hergestellt. Die Marke zu 1 M. erhält einen grünen Reim mit einem weißen blauen Rahmen, die zu 1/2 M. ist rotweiß mit schwarzer, die zu 2 M. hellblau mit Schwarz, die zu 4 M. rot mit schwarz. Zur Herstellung dieser Marken hat die Reichsdruckerei eine weitere Arbeitsstätte eingeleitet.

Vom Württ. Beamtenbund. Wie in der Massensammlung der Stuttgarter Beamten mitgeteilt wurde, soll der Württ. Beamtenbund, in den die örtlichen Bünde eingegliedert werden, demnächst gegründet werden. Er soll 3 Abteilungen für Landes-, Reichs- und Gemeindebeamte umfassen und die Förderung der gemeinschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Angelegenheiten zur Aufgabe haben. Der Beitrag soll höchstens 1 M. betragen. Der Spangenschmuck ist dieser Tage den örtlichen Beamtenbänden und Bezirksvereinigungen zugegangen. Bei der Generalsammlung der Bezirksvereine im Dezember soll die Gründung des Württ. Beamtenbunds vollendet sein. Da aber die Grundfragen des Beamtenrats und der Beamtenbesetzung beim Reich entschieden werden, muß die Württ. Beamtenchaft in ihrer Spitze auch in den in Berlin bestehenden Spitzenorganisationen vertreten sein. Es soll zunächst aber der Zusammenschluß der sächsischen Beamtenverbände herbeigeführt werden. Der Württ. Beamtenbund kann die Frage des Anschlusses an eine Spitzenorganisation nur dadurch lösen, daß sich ein Landesbeamtenbund bildet, das bestehende Beamtenverbände schon einer der drei bestehenden Spitzenorganisationen angeschlossen.

Eine Umgestaltung des Reichsbahnbesuches wurde kürzlich in einer von einer Korrespondenz verbreiteten Mitteilung als dringend notwendig bezeichnet, weil seit Ausbruch des Krieges Anordnung und Schema der einzelnen Fahrpläne nahezu unänderbar geblieben seien. Die ausserordentlichen Füge habe man lediglich geteilt, ohne gleichzeitig durch Zusammenkürzen der Fahrpläne entsprechend an Weg und Papier zu sparen. Das sei mit ein Grund, weshalb das Reichsbahnbesuch jetzt so viel koste. Die politischen Umwälzungen in Europa können sich in der neuen Ausgabe nur zum kleinen Teil berücksichtigen. Es ist allerdings zu erwarten, daß die Fahrpläne, die aber noch unter seinen alten Fahplannummern aufgeführt, Südschiffen sei überhaupt nicht vertreten. Auch dürfte man in der Neuausgabe ausführlichere Mitteilungen über Fahrpreise, durchgehende Fahrkarten und dergl. von der Redaktion des Reichsbahnbesuches mit uns hiezu folgendes mitgeteilt: Da, wo Füge ausfallen sind, ist der frühere Satz beibehalten worden, am später hinzutretende Füge wieder einzeln zu können. Dies Verfahren ist erheblich billiger als die Herstellung eines neuen Satzes wegen der derzeitigen Kosten für Schweißgut und der hohen Schreiberei. Der Württembergische Beamtenrat, der durch Zusammenkürzen der ausgefallenen Stellen erzielt worden wäre, spielt demgegenüber keine Rolle. Aus demselben gesunden Grunde hat die Redaktion von einer anderweitigen Benennung der Eisenbahnstrecken Eisenbahnbesuch vorläufig abgesehen. Wenn dies wäre eine gleichzeitige Neuumbenennung der großen Eisenbahnkarte des Reichsbahnbesuches und der Bahnkarten erforderlich gemacht, die durchweg unter Aufwand großer Kosten neu gedruckt werden müßten. Die Fahrpläne von Südschiffen haben in das Reichsbahnbesuch nicht aufgenommen werden können, weil sie trotz fortgesetzter Bemühungen nicht von Südschiffen zu erlangen gewesen sind. Die Fahrpläne der Reichsbahnbesuch von Österreich und Ungarn können erst dann im Reichsbahnbesuch neu gedruckt werden, wenn die politischen Grenzen der neuen Staaten feststehen. Dies war aber bisher wegen der Abhängigkeit von Wien, noch nicht durchweg der Fall. Hinsichtlich der Fahrpreise und durchgehenden Fahrkarten sind in der neuen Ausgabe alle Angaben aufgenommen worden, die von den Eisenbahnverwaltungen zu erlangen waren. Auch in dieser Hinsicht muß noch die Entwicklung der Verhältnisse, namentlich auch das Ergebnis der demnächst in Bern tagenden internationalen Eisenbahnkonferenz, abgewartet werden.

Private Wertversicherung bei der Post. In letzter Zeit haben private Versicherungsgesellschaften die Vorteile von Postpaketen ökonomisch auszunutzen, die Vorteile bei ihnen vor der Uebergabe an die Post gegen Verlust oder Wertminderung zu versichern. Zum Zeichen der vollkommenen Versicherung sollen von der Versicherungs-Gesellschaft gelieferte Wertversicherungsmarken auf dem Rückblatt der Päckchen klebt werden. Für eine private Versicherung dieser oder ähnlicher Art kann aber bei dem heutigen Stand des Wertverkehrs der Post keine Notwendigkeit vor. Der Absender kann ja bei der Post ein Paket mit Wertangabe bis 500 M. ausliefern, ohne es in besonderer Weise zu verpacken und überhaupt zu versichern. Er hat lediglich den Wert auf der Päckchen anzugeben. Die Post stellt für ein solches Paket nie für andere Verwendungen eine Einlieferungsbescheinigung aus. Bei Paketen mit Wertangabe von mehr als 500 M. ist eine dem wertvolleren Inhalt entsprechende Verpackung und die Versiegelung nötig. Für beide Arten von Wertpaketen heißt die Post die zur Höhe der Wertangabe nach dem Postgesetz, und zwar werden nach den nunmehrigen Grundregeln der Postverwaltung in Briefkästen die Herstellungskosten des Paketes mit Einschluß eines angemessenen Unternehmers wissens vergütet. Die Postverwaltung erleichtert also den Absendern die Versendung unter Wertangabe in wertvollstem Maße und kommt auch hinsichtlich der Haftung

billigen Anforderungen nach. Das Publikum kann sich bei der Benutzung der allgemeinen Postleistungen die Ausgaben für eine private Versicherung sparen. Diese bietet dem Paketabsender in keiner Weise eine erhöhte Sicherheit für die richtige Beförderung der Sendung, denn die Post hat mit der privaten Wertversicherung überhaupt nichts zu tun.

16. Preussisch-Schlesische Klassenlotterie. 5. Hauptklasse, 9. und 10. Ziehungsstag, 15. November 1920. Auf Württemberg gefallene Gewinne: 10.000 M. auf Nr. 31.088, 3000 M. auf Nr. 174.612, 175.794, 175.974, 187.374, 187.658, 188.057, 1000 M. auf Nr. 88.213, 107.834, 176.188, 186.638, 204.827, 210.097, 211.172, 500 M. auf Nr. 12.832, 31.440, 31.883, 40.456, 174.986, 177.728, 177.763, 178.241, 178.435, 179.974, 187.456, 189.936, 189.402, 218.013, 223.121. Außerdem 186 Gewinne zu 344 M. (N. Gew.) 16. Nov. 1920, 30.000 M. auf Nr. 182.786, 187.104, 236.683, 1.000 M. auf Nr. 35.008, 11.832, 135.008, 174.688, 174.174, 175.028, 175.584, 176.918, 177.190, 178.285, 188.848, 187.678, 188.099, 500 M. auf Nr. 22.419, 31.089, 69.548, 175.197, 178.198, 186.689, 211.917. Außerdem 196 Gewinne Gewinne zu 344 M. (ohne Gewinn).

Berneck. Bei der am gestrigen Sonntag stattgefundenen Stadtschultheißenwahl wurden von 195 Wahlberechtigten 173 Stimmen = 88,7 Prozent abgegeben. Davon entfielen auf Schultheiß Karl Brückle-Grzgrube 93, Otto Vösch-Tübingen 77, Rudolf Stütz-Oedelfingen 3 Stimmen. Somit ist Herr Karl Brückle zum Stadtschultheißen gewählt. Möge seine Tätigkeit zum Wohl der Gemeinde anfallen.

Aus dem übrigen Württemberg.

Neuenstein, 21. Nov. Am 11. Nov. waren es 25 Jahre, daß Stadtschultheißen Schölder (geb. Ragold) sein Amt als Ortsvorsteher der hiesigen Stadt übernommen hatte. Da der Jubilar aus Beiseitigkeit und mit Rücksicht auf den Ernst der Zeit eine öffentliche Feier abgelehnt hat, versammelten sich der Gemeinderat mit den Weislichen, Lehren, Beamten und Angestellten und einer Anzahl Bürger auf dem Rathaus um den Jubilar, wobei neben Uebergabe wertvoller Geschenke der Dank der Gemeinde sowie der 5 Verwaltungsgemeinden für die geleisteten treuen Dienste während der 25 Jahre zum Wohl der Stadt und Nachbarorte zum Ausdruck kam. Auch bei der nachfolgenden geselligen Feier in der Sonne wurde noch in einer Anzahl Neben des Gefesteten gedacht, der neben einem Rückblick auf die arbeitsreichen Dienstjahre mit bewegten Worten dankte.

Neulingen, 18. Nov. Eines 2000 Landwirts aus den Bezirken Neulingen, Nellingen, Urach, Nellingen, Tübingen und Kirchheim waren am Donnerstag zum Bauernrat hier zusammengekommen. Geschäftsleiter Bedninger gab in beiden Versammlungen den Geschäftsbericht des Hauptverbandes bekannt und teilte mit, daß der Landwirtschafts-Hauptverband keine eigenen Kandidaten aufstellen, sich aber mit den Parteien in Verbindung setzen werde, um Männer in den Landtag und in die Regierung zu bringen, die die Interessen der Landwirte vertreten und vertreten.

Tübingen, 19. Nov. Ein unglücklicher Schwundel wurde letzter Tage von Zigaretten verurteilt. Die erkrankte in einem etwas abseits liegenden Hause und kamen mit der dort allein anwesenden alten Frau in ein Gespräch, in dessen Verlauf die Frau über ihre körperliche Beschwerden klagte. Die Zigaretten erkrankten wurden zu können und saßen nun während der Einleitung ihrer „Heilung“ Papier- und Silbergeld, Kleiber, Bett-Heidelberg, eine goldene Uhr usw. Dann verlassend sie. Der Schaden, der der leichtgläubigen Frau erwachsen ist, beläuft sich auf 2000 M.

Büchertisch.

Auf alle in dieser Spalte angezeigten Bücher und Zeitschriften nimmt die Buchhandlung von G. W. Kaiser, Ragold, Bestellungen entgegen. (Die Preise richten sich stets nach dem jeweiligen Buchmarkt.)

Der Schwäbische Bund, die ausgezeichnete neue Monatschrift aus Oberdeutschland (Verlag „Der Schwäbische Bund“ Stuttgart & Schöber G. m. b. H. Stuttgart) erfreut durch die Fülle vorzüglicher und bildlicher Darstellungen mit dem schon erscheinenden Novemberheft besonders den Leser. Aus dem Inhalt sei erwähnt: H. Wilschmayer, Schwäbische Betrachtung; Goethe, Spruch; H. Hoff, Das Haus der Arkade; Dr. O. Hört, Schwäbische Volkskunst in ihrer volkskundlichen und kulturpsychologischen Bedeutung; Dr. E. Kolbenheyer, Nationalismus und Gemeinschaftsleben; H. Frick, Weikersheim, eine hohelohische Residenz der Barockzeit; H. Loth, Die Fahrt nach dem Meer; Dr. L. v. Alderfer, Aus meinem Leben (IV); H. Breilich-Büch, Ein neues Lust-Drama; H. Eisenmann, Eine musikalische Söldner-Legion ist von C. Lieb, W. Schöffer und U. Wüllin veröffentlicht. Es ist nur zu wünschen, daß eine Zeitschrift von einer derartigen Qualität in den Verfassungen, ausgebreitetste Verbreitung findet und jeder Leser für die Verbreitung dieser so schön und heimatsvollen Monatschrift in seinen Bekanntenkreisen eintritt.

Legte Nachrichten.

Zum Obergeringheimer Mord.

Waing, 22. Nov. Wegen des Vorfalls in Obergeringheim, wo nach einer Tanzmusik ein junges Mädchen aus Frankfurt a. M. durch Schüsse getötet wurde, hat das Kriegsgericht der französischen Rheinarmee den angeklagten Korporal, der die Veranlassung zum Streit gegeben hatte, zu einem Jahr Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilt. Die anderen vier Angeklagten wurden freigesprochen.

Gründung eines Einheitsverbandes.

Magdeburg,

Der Hauptfesttag des Tiroler Landesfischens.
 Innsbruck, 22. Nov. Am gestrigen Hauptfesttag des Landesfischens der Tiroler Heimatweiden zogen die Schützen- und Jagdgesellschaften unter klingendem Spiel zur Wiltener Pfarrkirche, wo der Abt die feierliche Einsegnung der Standaarten der Tiroler Heimatweiden vornahm. Zur Feier waren aus allen Teilen des Landes Vertreter erschienen.

Günstiges Abstimmungsergebnis in Tirol.
 Innsbruck, 22. Nov. Die Verhandlungen der Tiroler Landesversammlung mit dem Abstimmungskomitee der sozialistischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaftsorganisationen haben zu einem günstigen Ergebnis geführt, sodass im Laufe des morgigen Tages der Bräuerverkehr wieder aufgenommen werden dürfte.

Das englisch-russische Handelsabkommen.
 London, 22. Nov. Das Kabinett hat das Handelsabkommen mit Russland angenommen.

12 Offiziere getötet.
 Paris, 22. Nov. Nach einer Haas-Meldung aus London sind vorgestern in Dublin 12 Offiziere, die außerhalb der Kasernen wohnten, getötet worden.

Der Völkerverbundrat.
 Genf, 22. Nov. Der Völkerverbundrat, der gestern Sonntag nachmittags 6 Uhr unter dem Vorsitz von Hymans und in Anwesenheit von Balfour und Leon Bourgeois tagte, beschäftigte sich mit der Organisation der Volksabstimmung in dem zwischen Polen und Litauen streitigen Gebiet. Die Durchführung dieser Abstimmung soll gesichert werden durch ein internationales militärisches Truppenkontingent, wofür bereits Belgien, Spanien, Frankreich und Großbritannien ihre Mit-

wirkung zugesagt haben. Der Rat beschloß, unerschütterlich die in Genf anwesenden Mitglieder der permanenten Schiffsahrts- und Luftschiffsahrtskommission des Völkerverbunds mit der Prüfung der technischen Durchführbarkeit der Verpflegung dieser Truppenkontingente zu beauftragen.

Der Zusammenbruch der Offensive.
 Rowno, 22. Nov. Bei dem Zusammenbruch der Offensive des Generals Seligowski erlitt dieser, laut Meldung der „U. Tel.-Ag.“ mit Mühe der Gefangennahme. Der Befehlshaber von Grodno wurde tödlich verwundet. Ein Panzerzug, der in der Gegend von Kiepocz zum Gegenangriff ansetzte, erlitt am 21. schweren Beschädigungen.

Der Totensonntag in Paris.
 Paris, 22. Nov. Am gestrigen Totensonntag legte der deutsche Botschafter Dr. Mayer an dem Denkmal für die auf dem Friedhof Bagneux in der Vorstadt Montrouge beerdigten deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Er hielt dabei an die versammelten Mitglieder der deutschen Botschaft, der deutschen Friedensdelegation und der übrigen deutschen Missionen eine Ansprache, in der er sagte: Zur Ehrung des Andenkens an alle die Toten, welche an der Front, in den Hospitälern und in der Gefangenschaft ihr Leben für ihr Vaterland dahingegeben haben und nun in französischer Erde ihr Heldengrab gefunden haben, lege ich namens der Reichsregierung und der deutschen Heimat diesen Kranz nieder. Das deutsche Volk wird auch im Unglück und Not seine Helden und ihre Taten nie vergessen. Es neigt sich in unansprechlicher Dankbarkeit und Bewunderung vor ihrem Andenken. — Für die deutschen Mütter und Frauen legte Frau Botschafterin Dr. Mayer einen Kranz nieder, für die deutsche Friedensdelegation der Gesandte v. Dinius.

Rein Rücktritt des franz. Kriegsministers.

Paris, 22. Nov. Nach einer letzten Pariser Meldung ist es Millerand gelungen, den Kriegsminister von seinen Rücktrittabsichten abzubringen und seine Zustimmung für die Einführung der anderthalbjährigen Dienstzeit zu gewinnen.

Die Königsnuzen in Griechenland.
 Paris, 22. Nov. Dem „Temps“ wird aus Athen gemeldet, die neue griechische Regierung habe die Berichte des Königsreichs beantragt, im Namen des Königs Konstantin Recht zu sprechen. Die Menge habe am Haas von Benizelos ein Bild der Königin Sophie angebracht. Mehrere Franzosen, die in den Straßen von Athen sich gemeldet hätten, das Bild König Konstantins zu grüßen, seien bestraft worden. Die neue Regierung sei der Ansicht, daß alle Entscheidungen der letzten Kammer ungültig seien. Deshalb solle die neu gewählte Kammer nochmals schnellstmöglich den Friedensvertrag von Sevres ratifizieren, bevor die Alliierten intervenieren könnten.

Der abgereiste „Stab“ Benizelos.
 Athen, 22. Nov. (Haas.) Mit Benizelos sind auch alle früheren Minister abgereist, ebenso eine Anzahl Notabeln der liberalen Partei, darunter mehrere Zeitungsredaktoren. Als der Erzbischof von Athen, Metaxos, der Fidesleistung von Metaxos vor dem Regenten wie üblich bewohnen wollte, wies er sich Metaxos ihm anerkennend, weil er in unkonstitutioneller Weise ernannt worden sei. Er wurde, wie bereits gemeldet, durch Theodoros, bisher Pfarrer in einer benachbarten Gemeinde ersetzt. Die Gefängnisse wurden alsbald nach Abreise von Benizelos geöffnet, um die politischen Gefangenen in Freiheit zu setzen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Schonzeit für Fisch- und Bachforellen etc.
 Es wird hiermit bekanntgegeben, daß die Schonzeit für Fisch- und Bachforellen, sowie für Bach- und Kreuzungsläblinge am 10. Oktober d. Js. begonnen hat und für die Nagold und ihre sämtlichen Seitenbäche lt. bezirkspolizeilicher Vorschriften vom 19. Februar 1897 (Gesellschaft Nr. 41) bis 1. Februar 1921 dauert.

Die Schonzeit hat die Wirkung, daß während derselben — ausschließlich der ersten drei Tage — die gefischten Fische weder gefangen noch seligeboten noch verkauft oder in Wirtschaften verabreicht werden dürfen.

Sollten solche Fische zufällig gefangen werden, so sind sie sofort wieder in daselbe Wasser frei einzusetzen.

Während der Schonzeit und während welcher sechs Wochen nach beendeter Schonzeit, somit bis zum 15. März 1921, dürfen ferner keine Enten in solche Fischwasser aufgelassen werden, in welchem die betreffenden Fische sich vorwiegend aufhalten, sofern diese Fischwasser nicht Gemeinden zur Benutzung stehen und von der Gemeindebehörde hierzu Erlaubnis erteilt worden ist.

Raubtierhandlungen gegen diese Bestimmungen werden nach Art. 39 §. 2 Pol. Str. G. mit Geldstrafe bis zu 45 Mark bestraft.

Die Ortspolizeibehörden wollen vorstehende Bekanntmachung noch in ortsüblicher Weise zur Kenntnis der Fischer und der Entenbesitzer bringen. 1947 Nagold, den 19. Nov. 1920. Oberamt: Müns.

Abtransport russischer Kriegsgefangener.
 Die (Stadt-)Schultheißenämter werden darauf aufmerksam gemacht, daß die in den Gemeinden etwa noch befindlichen Kriegsgefangenen umgehend in das Lager Münsingen zu senden sind, da in diesen Tagen der letzte Transport aus Würtemberg nach Russland abgeht. Das Gefangenelager Münsingen wird in Kürze aufgegeben. 1946 Nagold, den 19. Nov. 1920. Oberamt: Müns.

Nachweisung eichpflichtiger Meßgeräte.
 Die regelmäßige Nachweisung der eichpflichtigen, zuletzt im Jahre 1918 oder früher neu- oder nachgezeichneten Meßgeräte, wozu auch diejenigen der Landwirte, welche nach Maß und Gewicht verkaufen, gehören (ausgeschlossen der Fässer und der Gerbstochelasse), wird voraussichtlich in den Monaten November und Dezember 1920 in den unten aufgeführten Gemeinden von einem Beamten des Eichamts Calw vorgenommen werden. Den genauen Zeitpunkt des Beginns der Nachweisung wird das Eichamt den Schultheißenämtern unmittelbar mitteilen.

Die Besitzer nachweislicher Meßgeräte werden aufgefordert, ihre Meßgeräte in gut gereinigtem Zustande rechtzeitig zur Nachweisung vorzulassen. Hierbei wird darauf aufmerksam gemacht, daß im Anschluß an das Nachweisungsgeheimt eine polizeiliche Prüfung der Meßgeräte vorgenommen werden wird.

Die Nachweisung wird in folgenden Gemeinden stattfinden: Nagold, Rohrdorf, Othausen, Altensteig-Stadt und Altensteig-Dorf. 1954 Nagold, den 19. Nov. 1920. Oberamt: Müns.

Getreideablieferung.
 Die Landwirte werden hiermit wiederholt darauf hingewiesen, daß die lieferungspflichtigen Getreidemengen sofort nach dem Ausdreschen, spätestens jedoch zu dem im Lieferpflichtgesetz angegebenen Termin an das Lager des Kommunalverbandes abzuliefern sind. Gegen diejenigen Landwirte, die ihrer Lieferungsspflicht bis zu genanntem Zeitpunkt schuldhafterweise nicht nachkommen, muß auf Anordnung der Reichsgetreidebestelle mit Enteignung der sämtlichen in ihrem Besitz befindlichen Getreidevorräte vorgegangen und Strafanzahlung an die Staatsanwaltschaft erstattet werden. 1953

Diejenigen Landwirte, welche aus irgend einem Grunde zur Erfüllung der ihnen auferlegten Lieferungsspflicht an Brotgetreide, Gerste und Hafer nicht in der Lage sind, können ein Gesuch um Herabsetzung ihres Lieferungsfolles an das Schultheißenamt einreichen. Die Gesuche sind von einer deutschen Kommission genau zu prüfen und sodann mit entsprechender Mitteilung an die Bezirksförderungsstelle einzulenden.

Mündliche Gesuche können nicht mehr berücksichtigt werden. Nagold, den 20. Nov. 1920. Oberamt: Müns.

Lautenliederabend
 am Freitag 26. Nov. 1920 im Traubensaal
 abends punkt 8 Uhr.

Hans Ebbecke mit seiner Laute
 Volks- u. volkstümliche Lieder, Balladen, Scherz- u. Schelmenlieder, mundartliche Lieder aus Niederdeutschland, Schwaben, Bayern und Sachsen.
 I. Platz Nr. 3., II. Platz Nr. 2. — Stehplatz Nr. 1. — (je einschl. Steuer.)
 Kartenvorverkauf nur nachmittags ab Montag 22. Nov. 1920 in der Kaiser'schen Buchhandlung.

1949 **Altensteig.**
Wo kaufe ich meine Solinger Stahlwaren
 direkt beim Fachmann
 wo sie auch geschliffen und repariert werden unter Garantie.
Friedr. Roller, Messerschmied.
 Annahmestelle in Nagold:
 Wilh. Maier bei Frau Essig, Wirtschaft z. Rad.

Amtlicher Taschenfahrplan
 der Eisenbahnen in Württemberg und Hohenzollern
 Winterdienst 1920/21. Gültig vom 24. Okt. an.
 Vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Anfertigung von Entwürfen Skizzen und Details
 von Schlaf-, Spelse- und Herren-Zimmern sowie Küchen von einfachster bis reichster Art, ferner
 erstkl. künstl. Lichtpaus-Vervielfältigungen übernimmt bei billigster Berechnung
WILLY SCHMID, Innen-Architekt
 1385 Pforzheim, Zehnthofstr. 1.

Neu eingetroffen in guter preiswerter Qualität
Violin-, Gitar- und Mandoline-Saiten,
 Violin-Dämpfer u. Wirbel, Stimmgabeln, Kolophonum, Zitherringe und Mandolineblättchen, verstellbare Tischnotenpulte etc. etc.
S. W. Zaiser, Buchhdlg., Nagold.

Volksbildungsturne
 Nagold, 1921
 Der heutige Kurs in Chemnitz fällt mit Rücksicht auf den Volksliederabend aus. Wagner.

Berkaufe
 garantiert machamen, zäheligen **Schnauzer**
 (Rüde) Jakob Wolfer
 1952 Pfalzgrafenweiler.

Ziehung garant. 1. Dez. **Geld-Lotterie**
 zugunsten der Stadtkirche in Neudorf.
 3701 Teilgewinne à 1 Fr. 25.
37000
 Hauptgewinn evtl. Mark
15000
10000
 Original-Geld-Lose à Mark 1.20. Porto und Liste 60 Pfg. extra verbucht.
Eberhard Feizer
 Stuttgart.
 Best.-u. durch Zahlkarte auf Postbeschein. Nr. 9413 erteilt. (bis 1. 12. 20 - nur 5 Pfg.)
 2000 Lose auch bei allen Verkaufsstellen.

Emser Wasser
 gegen **Katarrhe** EMS
 u. s. w. Schutz-Mark.
Stuttgarter Kunstfärberei
 färbt und reinigt alles gut.
 1244 Annahmestelle:
 Frau Frida Stikel, Nagold.

Patent-Büro
 Stuttgarter
 Eine sehr gut erhaltene **Futterschneid-Maschine**
 für Kraftbetrieb
 ist zu verkaufen 1937
 im Hirschg in Altensteig.

Lorenz Luz jr. Altensteig
 TELEFON 1940
 Spezialhaus für Jagdgerätschaften.
 Doppelfinten - Büchsfinten, **Drillinge**,
 Pirsch- und Scheibenschüssen
 Revolver u. Mehrladungsgewehre
Geschütze,
 Luftgewehre u. Zimmerpatronen.
 Allelei Munition.
 Rücklässe, kalterflaschen Jagdtöcke Gemaschen,
 Jagdlinien, Wildlöcher, Nistkästen, Feldbestecke,
 Kochapparate, Feuerzeuge u. s. w. — Maßige Preise!
 Solide Arbeit!

1921 Abreißkalender 1921
 mit großen und kleinen Zahlen
 mit und ohne Rückwand
 empfiehlt
G. W. ZAISER, BUCHHANDLUNG, NAGOLD.

Eine schwere **Schlacht-Ruh**
 hat zu verkaufen. 1950
 Wer? sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Eine 4 1/2-jährige
Brannstute
 ist dem Verkäufer, da entbehrt.
Gg. Wurster
 Zumweiler
 bei Altensteig.